

2011

Feministische Statements

**FEMINISTISCHES
INSTITUT
HAMBURG**
ANALYSEN, POSITIONEN & BERATUNG

Herausgegeben von:

*Tanja Carstensen, Melanie Groß,
Kathrin Schrader, Gabriele Winker*

<http://www.feministisches-institut.de>

Impressum

Feministisches Institut Hamburg: Feministische Statements 2011
herausgegeben von Tanja Carstensen, Melanie Groß, Kathrin Schrader, Gabriele Winker
Hamburg, 2012

Feministisches Institut Hamburg
c/o Kathrin Schrader
Haakestraße 73c
21075 Hamburg

Tel.: 040 / 42878 – 4005

Mail: info@feministisches-institut.de

Homepage: www.feministisches-institut.de

Bildung

Heteronormativitätskritische Filmbildung – Plädoyer für queere Perspektiven in der Medienpädagogik
08.02.11, Julia Bader 4

Feministisches Gedankengut – ein veraltetes Konzept in der Sozialen Arbeit?
27.11.11, Christiane Micus-Loos 8

Gewalt

„Homosexualität ist heilbar!“ – eine queere Perspektive auf Naturalisierungsstrategien in der Ex-Gay-Bewegung
29.03.11, Hannah Mietke 13

Zum Konzept der „Täuschung“ – Einladung zur queer-feministischen Veranstaltungen in Bremen: „Queer-feministische Debatten, Reflexionen und Interventionen“
19.05.11, Ines Pohlkamp 17

Interventionen

Gender Gap? – Eine Auseinandersetzung am Einzelfall
19.01.11, Jana Ballenthien 21

Die Spendenaktion zur Rettung des Frauenhaus Wedel
15.09.11, Kathrin Nordmann 25

Sozialpolitik

Biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte im Hamburger Stadtteil St. Georg
26.04.11, Kathrin Schrader 29

Unterhaltsrecht, Bildungsgutscheine und soziale Ungleichheit – Eine Polemik auf eine sozialpolitische Posse
15.08.11, Melanie Groß 32

Technologie

Feministische Öffentlichkeiten im Web 2.0. Möglichkeiten und Grenzen feministischer Partizipation im Internet
01.08.11, Deborah Schmidt 34

Alle Texte aus 2011 und weiteren Jahren sowie Informationen über die Autor_innen online:
<http://www.feministisches-institut.de>

Bildung

Heteronormativitätskritische Filmbildung – Plädoyer für queere Perspektiven in der Medienpädagogik

08.02.2011, Julia Bader

Medienpädagogische Filmbildung hat es bislang gänzlich versäumt queer-theoretische Ansätze in der Filmbildungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen aufzugreifen. Darum schlage ich ein Konzept heteronormativitätskritischer Filmbildung vor, mit dem medienpädagogische Ansätze innerhalb der Filmbildungsarbeit für queer geöffnet werden, das sich insbesondere für subjektbezogene Konzepte von Filmbildung dringend empfiehlt. Heteronormativitätskritische Filmbildung stellt eine veränderte Möglichkeit der Herangehensweise an das Medium Film dar: Filmische Repräsentation wird als Ort der Reproduktion heteronormativer Strukturen fokussiert und gleichzeitig der Frage nachgegangen, inwiefern Interventionen in die symbolische Ordnung durch filmisch vermittelte Formen des Widerstandes aussehen können.

Medienpädagogische Filmbildung – queere Perspektiven

Medienpädagogische Filmbildung versteht Medien als Bildungsträger, denen eine sozialisationsrelevante Funktion zugeschrieben wird, sie gelten als Wissensvermittler, die Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zur Weltaneignung und Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen eröffnen (vgl. Demmler et al. 2009, S. 9). Politische Bildung als ein Zielwert medienpädagogischer Filmbildung fokussiert die Förderung kritischen Denkens, kritischer Reflexionen von Gesellschaft und politischem Verantwortungsgefühl (vgl. Maurer 2010, S. 292f). Aktuelle Filmbildungsprojekte sind z.B. die Schulkinowochen, die jährlich bundesweit von Vision Kino durchgeführt werden, Kinder- und Jugendfilmfestivals wie das Bielefelder Kinderfilmfest oder auf internationaler Ebene das Kinderfilmfestival Lucas in Frankfurt. Weitere wichtige Träger für Filmbildungsprojekte sind der Bundesverband Jugend und Film e.V. sowie das Institut für Kino und Filmkultur.

Für subjektbezogene Konzepte von Filmbildung liegt die Relevanz der Beschäftigung mit dem Medium Film darin, unterschiedliche Interpretationen und Bedeutungszuschreibungen durch die Rezipient_innen herauszuarbeiten (vgl. Maurer 2010, S. 38). Dies geschieht vor dem Hintergrund der jeweilig einzigartigen Biografien, Erfahrungswerte, Wissensstrukturen, Normen, Werte etc. Als geeignet werden daher Filme mit einem thematisch lebensnahen Bezug für diejenigen Personen eingestuft, die für einen Filmbildungsprozess gewonnen werden sollen (vgl. Niesyto 2007, S. 11).

Auffallend in gegenwärtiger Filmbildungsarbeit ist, dass zwar gender punktuell als Analyse-kategorie verwendet wird, um Reflexionen stereotypisierter Darstellungsweisen von Männern und Frauen anzuregen. Das Themenfeld Sexualität/sexuelle Orientierung als Teil der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ist bisher jedoch kaum in der Filmbildungsarbeit berücksichtigt worden. Dies wird z.B. mit Blick auf kinofenster.de deutlich: ca. 200 Filme werden gelistet, die von unterschiedlichen Filmbildungsinitiativen eingesetzt werden. Der Anteil der Filme mit schwul/lesbischen Themen ist mehr als marginal. Queer-theoretische Ansätze bieten sich an, diese Lücke zu füllen, da sie über gender hinausgehen und vielmehr Sexualität als Untersuchungsgegenstand und politische Kategorie benennen (vgl. Genschel 1997). Diesen Fokus zu wählen, bedeutet Vorstellungen von Heterosexualität als Norm und „das Natürliche“ in Frage zu stellen. Queer nimmt die Formen von Sexualität in den Blick, die im öffentlichen

Diskurs unsichtbar gemacht werden und/oder als Abweichung von der heterosexuellen Norm, als das erklärungsbedürftige sexuell Andere stigmatisiert und gebrandmarkt werden, wie z.B. Transsexualität, Intersexualität, lesbische und schwule Homosexualität, Bisexualität, Asexualität etc.

Heteronormativitätskritische Filmbildung

Queer-theoretisch inspirierte Filmbildung benennt als bildungspolitisches Moment die Reflexion von Gesellschaft aus einer heteronormativitätskritischen Perspektive. Dies bedeutet eine veränderte Herangehensweise zu bisherigen, nur sehr sporadisch vorhandenen Auseinandersetzungen um das Themenfeld Sexualität/sexuelle Orientierung: Rezeptive Filmarbeit bedeutet dann gerade nicht mehr eine stark personenbezogene Thematisierung von Homosexualität, die oft in einem problemzentrierten Kontext angesiedelt ist wie das Coming Out einer Figur (Raus aus Åmål, Lukas Moodysson 1998; Sommersturm, Marco Kreuzpaintner 2004) oder der Kampf gegen die Unterdrückung von Homosexuellen (Milk, Gus Van Sant 2008). Sie zeichnet sich nicht aus durch Fokussierung der Interaktionsebene (wie verhält sich Person X zu Person Y nach deren Coming Out etc.) und will auch nicht mit Hilfe des Mediums Film zu mehr Toleranz aufrufen gegenüber so genannten sexuellen Minderheiten. Heteronormativitätskritische Filmbildung verfolgt vielmehr das Ziel Heterosexualität als gesellschaftliches Machtverhältnis zu problematisieren. Es geht um die Frage, wie heterosexuelle Normalität immer wieder hergestellt wird – Queer beantwortet diese Frage mit dem Verweis auf gesellschaftliche Diskurse, die als Ort der Herstellung gesellschaftlicher und sozialer Wirklichkeit, wie z.B. heterosexueller Normalitätsverhältnisse, verstanden werden (vgl. Genschel 1997, S. 529). Heteronormativitätskritische Filmbildung versucht Kinder und Jugendliche für diskursive Herstellungsverfahren im Film zu sensibilisieren. Diese Konstruktionsprozesse geschehen vor allem im Mainstreamfilm (vgl. Brunner 2008, S. 342f.), in dem sehr häufig heterosexuelle Lebensentwürfe selbstverständlich als sexuelle Normalität inszeniert werden – nicht in erster Linie mittels konkreter, eindeutiger Verbalisierungen, sondern indem andere Lebensentwürfe gerade nicht vorkommen, ausgeblendet werden oder allenfalls als (karikierte) Nebenfiguren auftauchen in der Funktion, Heterosexualität als Normalität zu bestätigen.

Heteronormativität als zentrales Machtverhältnis, mit dem Gesellschaft organisiert wird (vgl. Genschel 1997, S. 528f.), in die Analyse von Filmen mit einfließen zu lassen, bedeutet auch danach zu fragen, welche Möglichkeiten in Bezug auf widerständige Inszenierungen für Filme existieren in einem heteronormativ geprägten gesellschaftlichen Raum (vgl. Engel 2001, S. 132f.). Fokussiert wird die Frage danach, inwiefern queere Repräsentationen eine Intervention darstellen in die symbolische Ordnung, wie filmisch vermittelte Formen des Widerstandes aussehen können und zu einer Entprivilegierung heterosexueller Normalitätsverhältnisse beitragen können. Daher bleibt es nicht bei einer Lokalisierung heteronormativer Strukturen im Film, gleichzeitig will heteronormativitätskritische Filmbildung Kinder und Jugendliche dazu befähigen, erkennen zu können, inwiefern Inszenierungsstrategien im Queer Cinema und New Queer Cinema mit der Herstellung eigener, selbstbestimmter Bilder und Artikulationen eigener Positionen (vgl. Brunner 2008, S. 343f.) zum subkulturellen Widerstand eingesetzt werden können (vgl. Aaron 2004, S. 5f.). Filme aus dem Queer Cinema und dem New Queer Cinema sind bisher nicht als bildungsrelevante Filme eingestuft worden, bieten sich jedoch gerade durch ihre spezifische Art der Inszenierung gesellschaftlicher Realität an: Oftmals queer-theoretisch inspiriert, problematisieren sie heterosexuelle Normalitätsverhältnisse indem z.B. nicht-heterosexuelle Lebensentwürfe als Normalität entworfen werden.

Wie bisher in Filmbildungsarbeit häufig praktiziert, kommt dem Entschlüsseln der Filmsprache durch die Rezipient_innen eine besondere Bedeutung zu. Zentral ist die Frage danach, warum spezifische film-ästhetische Mittel gewählt werden (Kamera, Ton, Schnitt, Montage,

Licht, Figurenkonstellation etc.), um einen bestimmten Filminhalt zu transportieren (vgl. Volland 2008, S. 155ff.). Heteronormativitätskritische Filmanalysen untersuchen, welche Mittel Film zur Verfügung stehen, um nicht-heterosexuelle Lebensentwürfe darzustellen und inwiefern heterosexuelle Normalitätsverhältnisse durch eine spezifische Art der Inszenierung (ein Stück weit) entprivilegiert und destabilisiert werden können. Die Analyse des Einsatzes der subjektiven Kamera bietet sich z.B. an, um Perspektiven queerer Protagonist_innen auf Gesellschaft und ihren Alltag wiederzugeben, sie als selbstbestimmt und selbstbewusst zu zeichnen (z.B. in Mein Freund aus Faro, Nana Neul 2007). Mit Fokus auf Stilmittel des Erzählens wie Satire oder Ironie kann herausgearbeitet werden, wie der kausallogische Zusammenhang „Frau – weibliches gender – heterosexuelle Orientierung“ karikiert und aufgebrochen wird (etwa in But I'm a Cheerleader, Jamie Babbit 1999).

Differenzerfahrung als Persönlichkeitsbildung

Filmbildung ermöglicht Differenzerfahrungen z.B. durch den Einbezug widerständiger Inszenierungen in Bezug auf gesellschaftlich verankerte heterosexuelle Normalitätsverhältnisse. „Bildung hat als Entwicklung von reflexiver Distanz zum Gegebenen und zunächst selbstverständlich Erscheinenden zunächst eine irritierende Funktion“ (vgl. Fromme 2009, S. 1045). Widerständige Inszenierungen können Bildungsprozesse anstoßen, da sie alternative Lebenswirklichkeiten und Lebensentwürfe jenseits von Heterosexualität als Normalität inszenieren und somit Differenzerfahrungen darstellen können, die irritieren. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen kann heteronormativitätskritische Filmbildung persönlichkeitsbildende Prozesse anregen, die bisher durch Filmbildungsarbeit nicht ermöglicht wurden: kritische Reflexionen und ggf. Modifikation eigener Positionen, normativer Denk- und Handlungsmuster, Reflexionen der Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie eigener Normen und gesellschaftlicher Prägungen. Einer queeren medienpädagogischen Filmanalyse kommt hierbei die Funktion der Schärfung des eigenen Blickes sowohl auf gesamtgesellschaftliche Prozesse als auch auf sich selbst zu.

Queer-theoretische Perspektiven sind in der Medienpädagogik bisher nicht vertreten. Der von mir skizzierte Entwurf einer heteronormativitätskritischen Filmbildung kann bisherige medienpädagogische Filmbildung insofern gewinnbringend ergänzen, als dass Heterosexualität als gesellschaftliches Machtverhältnis problematisiert, Herstellungsverfahren der Konstruktion heterosexueller Normalität aufgedeckt und Interventionsmöglichkeiten filmischer Repräsentation aufgespürt werden. Um Filmbildung mit diesem Fokus praktisch an Schulen in Form von Kinoseminaren etc. durchführen zu können, muss sich die Medienpädagogik zunächst für queer-theoretische Perspektiven öffnen, müssen entsprechende praxistaugliche Konzepte erstellt werden und Filme aus dem Queer Cinema und New Queer Cinema endlich in der Filmbildungsarbeit berücksichtigt werden.

Politische Bildung wird als ein Zielwert medienpädagogischer Filmbildung beschrieben (vgl. Maurer 2010, S. 292f.) – heteronormativitätskritische Filmbildung bietet die Möglichkeit queere Perspektiven in der Medienpädagogik zu verankern und dem Mangel an politischen Dimensionen innerhalb der Medienpädagogik entgegenzuwirken.

Literatur

- Brunner, Philipp (2008): Queer Cinema: Schwul-lesbisches Filmschaffen seit den Achtzigern. In: Christen, Thomas/Blanchet, Robert (Hrsg.) (2008): New Hollywood bis Dogma 95. Einführung in die Filmgeschichte. Marburg: Schüren, S. 339 – 354
- Demmler, Kathrin et al. (2009): Medien bilden – aber wie? Grundlagen für eine nachhaltige medienpädagogische Praxis. München: kopaed

- Fromme, Johannes (2009): Mediale Bildung. In: Mertens, Gerhard et al. (2009): Handbuch der Erziehungswissenschaft. Paderborn: Ferdinand Schöningh, S. 1043 – 1054
- Genschel, Corinna (1996): Fear of a Queer Planet: Dimensionen lesbisch-schwuler Gesellschaftskritik. In: Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Jg. 38, Nr. 216, S. 525 – 537
- Maurer, Björn (2010): Subjektorientierte Filmbildung in der Hauptschule. Theoretische Grundlegungen und pädagogische Konzepte für die Unterrichtspraxis. München: kopaed
- Niesyto, Horst (2007): Filmbildung, Situation und Perspektiven. In: KinoKompetenz – der Bundeskongress „KinoKompetenz 24 mal Bildung pro Sekunde, 11. – 13 Mai 2007, Kommunales Kino Stuttgart
- Volland, Kerstin (2008): Zeitspieler: Inszenierungen des Temporalen bei Bergson, Deleuze und Lynch. Wiesbaden: VS

Feministisches Gedankengut – ein veraltetes Konzept in der Sozialen Arbeit?

27.11.11, *Christiane Micus-Loos*

„Parteilichkeit“ und „gemeinsame Betroffenheit“ – dies scheinen Schlagworte einer anderen Zeit zu sein. Als Handlungsmaxime prägten sie zu Beginn der 1970er Jahre die ersten Konzepte feministischer Sozialer Arbeit. Haben diese Konzepte und ihre Annahmen angesichts konstruktivistischer und poststrukturalistischer Theorien und einer Debatte, dass Mädchen zunehmend als „Bildungsgewinnerinnen“ gelten, ausgedient? Diese Frage steht im Mittelpunkt des folgenden Beitrags, der zunächst kurz resümiert, was Feminismus wollte und will, um dann zu klären, ob Gleichberechtigung wirklich erreicht ist, und welche Relevanz diese Überlegungen für die Soziale Arbeit heute noch haben.

In Seminaren zur Bedeutung des Feminismus mache ich häufig eine ähnliche Erfahrung, habe ich folgendes Déjà-vu: Früher oder später meldet sich eine jüngere Studentin, um die 20 Jahre alt, und vertritt die Auffassung, dass der Feminismus doch ein „alter Hut“ sei und dass wir ihn nicht mehr bräuchten, da die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erreicht sei. Sie fühle sich jedenfalls keinesfalls benachteiligt oder gar unterdrückt.

Hier deutet sich ein Konflikt zwischen Vertreter_innen feministischer Überzeugungen und solchen, die sich mit feministischen Positionen nicht identifizieren können, an, der mehr oder weniger regelmäßig entbrennt. Die Konfliktlinie verläuft bisweilen entlang der Generationengrenzen, durchkreuzt sie aber auch. Die aktuelle Feminismusdebatte in Deutschland, die sich an den umstrittenen Äußerungen der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder entzündet hat, belegt dies ebenso eindrücklich wie das Aufeinandertreffen von Alice Schwarzer und Verona Feldbusch in der Talkshow von Johannes B. Kerner im Jahr 2001. Was damals unter dem Titel „Brain trifft Body“ von einer großen Tageszeitung angekündigt wurde, war nichts anderes als die mediale Inszenierung par excellence der Begegnung zweier Frauen, bei der die eine der anderen vorwarf, nur das „Weibchen“ zu spielen und damit alle Bemühungen weiblicher Emanzipation zu konterkarieren, während die andere sich dieses Vorwurfs nicht erwehrte, sondern gerne und freiwillig die „Barbie-Karte“ übernahm.

Beides sind Beispiele des Widerspruchs einer feministischen Überzeugung und eines postmodernen Antifeminismus.

Was wollte und will Feminismus?

Feminismus umfasst sehr heterogene, auch gegenläufige Konzepte, von denen im Folgenden nur einzelne, ausgewählte Ideen thematisiert werden können, die im Zuge der Zweiten Frauenbewegung von Bedeutung waren.

Dem Androzentrismus in Wissenschaft und Praxis konnte nur begegnet werden, indem das spezifisch Weibliche bestimmt, der Blick auf weibliche Lebenswelten, vor allem auf weibliche Stärken und Fähigkeiten (vgl. Gilligan 1984; Ostner/Beck-Gernsheim 1979) gelenkt, und die Bedeutung von Geschlecht als Kategorie sozialer Schließung thematisiert wurde. Simone de Beauvoir verwies auf das „Gemacht-Werden“ von Geschlechtlichkeit, auf machtvolle Zuschreibungsprozesse und bedeutsame Sozialisationserfahrungen zur Erklärung von Geschlechterdifferenzen.

Mit einem kritischen Blick auf den vorherrschenden Androzentrismus war aber auch eine Kritik an der Gestaltung und Verteilung vorhandener Räumlichkeiten und pädagogischer An-

gebote verbunden. Als erste Grundsätze feministischer Mädchen- und Frauenarbeit galten „Parteilichkeit“ und „gemeinsame Betroffenheit“. Es entstanden erste Ansätze geschlechts-homogener Arbeit, beispielsweise die Einrichtung von feministischen Beratungsstellen, Frauenhäusern und Mädchentreffs mit dem Anspruch, Räume nur für Mädchen und Frauen jenseits von patriarchalen Strukturen zu schaffen. An diesen Orten sollte es möglich sein, Verhaltensweisen und Fähigkeiten von Mädchen zu fördern und gesellschaftlich aufzuwerten, Mädchen und Frauen zu stärken, sie zur Unabhängigkeit – beispielsweise von männlichen Zuschreibungen – zu ermutigen, und Frauen Schutz vor männlicher Gewalt zu gewähren. Die gemeinsame Betroffenheit von Mädchen und Frauen bestand in dem Erleben patriarchaler Strukturen und Unterdrückung.

Ist Gleichberechtigung wirklich erreicht oder bleibt trotz Wandel und Annäherung der Geschlechter aneinander vieles beim Alten?

Auf der Einstellungsebene machen Erziehende historisch betrachtet immer weniger Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen; geschlechterübergreifende Eigenschaften werden zunehmend akzeptiert. Erwachsene wünschen sich für Heranwachsende beiderlei Geschlechts Berufsorientierung und Selbstständigkeit, Sozialkompetenzen und Autonomie (Deutsche Shell 2000, 2010). Dennoch fließen zum einen in Erziehungsprozesse immer wieder geschlechtstypisierende Erwartungen und Vorstellungen ein (Rendtorff 2007), zum anderen leben viele Erwachsene ihren Kindern traditionale Geschlechterarrangements vor. Geschlechterbilder wirken über vielfältigste Gesten und materialisieren sich auch in den jeweiligen Körpern (Bourdieu 1997; Goffman 1959, 1977).

Auch auf der Ebene der Sozialstruktur zeigen sich Veränderungen wie Veränderungsresistenzen: Bildungs- und Erwerbsbeteiligung von Frauen sind zur Selbstverständlichkeit geworden, von einer wirklichen Chancengleichheit im Erwerbsleben kann noch keine Rede sein. Nach wie vor zeigen sich geschlechtsspezifische Prozesse bei der Berufswahl, den Aufstiegsmöglichkeiten, dem Zugang zu Führungspositionen, der Bezahlung von Erwerbstätigkeit sowie der Verteilung von Teilzeitarbeit.

So greift auch die derzeitige Debatte der Jungen als „Bildungsverlierer“ bzw. Mädchen als „Bildungsgewinnerinnen“ zu kurz. Erstens zeigt sich, dass Jungen nicht nur bei den Risikoschüler_innen zahlenmäßig überwiegen, sondern auch in der Gruppe der sehr erfolgreichen Schüler_innen, zweitens, dass Bildungschancen im deutschen Schulsystem vor allem von der Schichtzugehörigkeit, der staatlichen bzw. ethnischen Zugehörigkeit oder auch den familiären Bildungsabschlüssen abhängen und drittens, dass männliche Jugendliche je nach ethnischer Zugehörigkeit trotz schlechterer Schulabschlüsse einen vergleichsweise besseren Zugang zu Ausbildungsberufen und Einstiegschancen ins Erwerbsleben finden (vgl. Budde 2010).

Gegenstand von Wandel und Kontinuität ist auch die familiäre geschlechterbezogene Funktionsteilung. Das in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren vorherrschende Leitbild der Hausfrauenehe hat sich überlebt. Die zunehmende Bildungsbeteiligung der Frauen, die wachsende weibliche Erwerbstätigkeit, der Wunsch, Familie und Beruf zu vereinbaren, sind als wesentliche Momente weiblicher Lebensentwürfe längst bekannt und haben neben der Pluralisierung von Familienformen Einfluss auf den Wandel der Mutter- und Vaterrolle. Die von Parsons und Bales (1955) beschriebene Übernahme instrumenteller Rollenanforderungen durch den Mann, und die Übernahme expressiver Rollenanforderungen durch die Frau, für die das Zeigen von Gefühlen eine Pflicht war, vervielfältigt sich. In den letzten Jahren taucht in Wissenschaft und Öffentlichkeit der Begriff des Neuen Vaters auf, unter dem eine „neue, positiv konnotierte Väterlichkeit“ (Friebertshäuser/Matzner/Rothmüller 2007, 183) verstanden wird. Neue Väter zeichnen sich vor allem auf der Beziehungsebene durch ein

bewusstes und gefühlsbetontes Engagement ihren Kindern gegenüber aus, Hausarbeit bleibt allerdings weiterhin Sache der Frauen (Künzler 1994). Nach wie vor besteht für Mütter eine gesellschaftliche Verpflichtung, die Pflege, Erziehung und Sorge, vor allem kleiner Kinder, zu übernehmen. Das normative Muster von der „guten Mutter“ ist wirkmächtig und hält sich hartnäckig (Badinter 1981; Schütze 1996). Daran ändert vorerst auch die Einführung des Elterngeldes nichts, die dazu führt, dass der Anteil der Väter, die Elternzeit beantragen, steigt. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Väter zum einen für eine deutlich kürzere Zeit Elterngeld beanspruchen als die Mütter, zum anderen gerne parallel zu den Müttern zu Hause bleiben. Trotz der veränderten Geschlechtsrollen, zeigen sich Resistenzen in der Geschlechtsspezifität der Lebensführung. Bei aller Angleichung der Bildungschancen und erreichter Gleichberechtigung schleichen sich immer wieder Fallen der Ungleichheit und Ungerechtigkeit ein.

Hat feministische Soziale Arbeit „ausgedient“?

Solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichheitsverhältnis ist und solange eine androzentrische Sicht noch häufig die Grundlage von Theorie und Praxis darstellt, ist die Wahrnehmung von Geschlechterdifferenzen, die feministische Positionen charakterisiert, von zentraler Bedeutung. Die Anerkennung der Geschlechterdifferenzen, die Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Lebenswelten, Umgangsformen und Bewältigungsstrategien ist wesentliche Voraussetzung für Handlungsansätze in der Sozialen Arbeit. Menschen müssen sich mit einer Kultur auseinandersetzen, die zweigeschlechtlich organisiert ist, und so offen oder subtil an heranwachsende Mädchen und Jungen, an Frauen und Männer verschiedene Erwartungen, Aufgaben, Angebote und Sanktionen richtet.

Die feministische Handlungsmaxime der Parteilichkeit ist nach wie vor – vor allem bei Gewalt im sozialen Nahraum – von existentieller Bedeutung. Gerade in Zeiten, in denen der Eindruck entsteht, dass die Geschlechter aus Konkurrenz um Fördertöpfe gegeneinander ausgespielt werden, so dass z.B. die spezifische Arbeit mit Mädchen zugunsten einer Jungenförderung von Kürzungen bedroht ist bzw. Mädchen- und Frauenprojekte um ihr Fortbestehen bangen, bedarf es weiterhin der Anerkennung und Förderung von Mädchentreffs sowie feministischer Beratungsstellen und Frauenhäuser.

Der Erhalt solcher geschlechtshomogenen Räume für Mädchen und Frauen ist auch in Zukunft notwendig. Gleichzeitig sind Weiterentwicklungen geschlechtsbezogener Jungenarbeit vonnöten. Beide Geschlechter bedürfen der spezifischen Räume und der Unterstützung, um sich mit gesellschaftlichen normativen Erwartungen von Männlichkeiten und Weiblichkeiten auseinandersetzen und subjektive, individuelle Lebensentwürfe in selbstbestimmter Weise leben zu können, ohne durch Geschlechtstypisierungen eingeschränkt zu werden.

Entgegen einer „Ikonisierung von Weiblichkeit“ (Knapp 1988), gilt es, für vielfältige Differenzierungen zu sensibilisieren. Nicht alle Jungen und Männer profitieren gleichermaßen vom Patriarchat bzw. hegemonialer Männlichkeit; vielmehr gilt es, Widersprüche, Brüche und Konflikte innerhalb einer Geschlechtskategorie zu untersuchen.

Erst eine Infragestellung binärer Differenzordnungen ermöglicht einen kritischen Blick auf Normen und Ausschlüsse. Intersektionalität rückt die Verwobenheit und das Zusammenwirken verschiedener Differenzkategorien und unterschiedlicher Dimensionen sozialer Ungleichheit wie beispielsweise Alter, Behinderung, Ethnizität, Klasse, , Religion, sexuelle Orientierung etc. in den Fokus.

Ich plädiere für die Gleichzeitigkeit verschiedener Diskurse, also für ein Denken im Bewusstsein der Differenzen zwischen den Diskursen, ein Denken, das sich dem „Gestus der letzten Bestimmung in der Alternative von Entweder-Oder entzieht“ (Meyer-Drawe 1990, 82), ohne eine übergreifende Versöhnung anzustreben. Vielmehr weiß es um die Stärken, aber auch die Grenzen der einzelnen Diskurse. Indem ich das Entweder-Oder verneine, plädiere ich nicht für die Beliebigkeit der Diskurse oder verneine die Präferenz einzelner Diskurse. Aber für die Soziale Arbeit ist es entscheidend, ergänzend zu differenztheoretischen Positionen Spielarten des Konstruktivismus und des Poststrukturalismus zu berücksichtigen.

Es bleibt eine Herausforderung für die Soziale Arbeit, neben dem Differenzparadigma den Blick für das zu schärfen, was in bestimmten Diskursen durch Binarität verworfen, nicht-gedacht oder ermöglicht wird, wie Macht- und Unterordnungsverhältnisse begründet bzw. stabilisiert werden und wie Subjekte durch solche Ein- und Ausschlussverfahren auf der Ebene der hegemonialen gesellschaftlichen Machtverhältnisse konstituiert werden (Butler 1991).

Sensibilisiert das Differenzparadigma für Unterschiede zwischen den Geschlechtern und ist Grundlage für feministische, parteiliche und geschlechterreflektierende Konzepte Sozialer Arbeit, führt uns der Poststrukturalismus die eigene Beteiligung an Machtprozessen vor Augen. Professionell Tätige in der Sozialen Arbeit sind nicht nur im Sinne des „doing gender“ (West/Zimmerman 1987) in der Interaktion mit den Adressat_innen Mitkonstrukteur_innen von Geschlecht, sondern die „Anrufung“ – wie Professionell Tätige beispielsweise ihre Adressat_innen nennen und bezeichnen – entscheidet darüber, was Menschen zu bzw. abgesprochen wird, ob und wie sie Anerkennung erfahren. So geht beispielsweise allein mit der Bezeichnung eines Menschen als „Harz IV-Empfänger“ eine soziale Stigmatisierung einher – in den Worten Butlers werden diese Menschen an Orte verwiesen, an denen ihnen keine Anerkennung zuteil wird –, die sich immer auch auf die Selbstwahrnehmung auswirkt und die Fähigkeit beeinflusst, den mit dieser Charakterisierung verbundenen Zustand zu überwinden.

Darüber hinaus ist nicht nur von Bedeutung, wen beispielsweise Konzepte von Sozialer Arbeit ein- bzw. ausschließen, wer wie benannt, dargestellt, zugeordnet oder auch nicht benannt wird, sondern auch was benannt und bewältigt werden kann und wie diese Bewältigung gelingen kann.

Literatur:

- Badinter, Elisabeth (1981): Die Mutterliebe. Die Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München.
- Bourdieu, Pierre (1997): „Die männliche Herrschaft“. In: Dölling, Irene/Krais, Beate (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktionen in der sozialen Praxis. Frankfurt/Main, 153-217.
- Budde, Jürgen (2010): „Der Valentin ist ein Sorgenkind ...“ Bildungsungleichheiten als kulturelle Passungsprobleme zwischen männlichem Habitus und institutionalisierten Schulkulturen? Vortrag im Rahmen der Tagung „Konstruktionsprozesse in der Schule aus Sicht der Gender Studies“, Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt/M. 1991.
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2000): 13. Shell Jugendstudie. Jugend 2000. Opladen.
- Deutsche Shell (Hrsg.) (2010): 16. Shell Jugendstudie. Jugend 2010. Opladen.
- Friebertshäuser, Barbara/Matzner, Michael/Rothmüller, Ninette (2007). In: Ecarius, Jutta (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden, 179-198.

- Gilligan, Carol (1984): Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau. München.
- Goffman, Erving (1959): The Presentation of Self in Everyday Life. Michigan.
- Goffman, Erving (1977/1994): Interaktion und Geschlecht, hrsg. von Hubert A. Knoblauch. Frankfurt/Main/New York.
- Knapp, Gudrun-Axeli (1988): Die vergessene Differenz. In: Hark, Sabine (Hrsg.): Dis/Kontinuitäten. Feministische Theorie. Opladen, 252-272.
- Künzler, J. (1994): Familiäre Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Bielefeld.
- Meyer-Drawe, Käte (1990): Provokationen eingespielter Aufklärungsgewohnheiten durch 'postmodernes Denken'. In: Heinz-Hermann Krüger (Hrsg.): Abschied von der Aufklärung? Perspektiven der Erziehungswissenschaft. Opladen, 81-90.
- Ostner, Ilona; Beck-Gernsheim, Elisabeth (1979): Mitmenschlichkeit als Beruf. Eine Analyse des Alltags in der Krankenpflege. Frankfurt/ New York.
- Parsons, Talcott; Bales, Robert E. (1955): Family, Socialisation and Interaction Process. Glencoe.
Rendtorff, Barbara (2007): Geschlechteraspekte im Kontext von Familie. In: Ecarius, Jutta (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden, 94-111.
- Schütze, Yvonne (1996): Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe“. In: Karsten, Maria-Eleonora/Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Die sozialpädagogische Ordnung der Familie. Weinheim/München, 98-121.
- West, Candace; Zimmerman, Don H. (1987): Doing gender. In: Gender and Society 1, 125-151.

Gewalt

„Homosexualität ist heilbar!“ – eine queere Perspektive auf Naturalisierungsstrategien in der Ex-Gay-Bewegung

29.03.11, Hannah Mietke

Ausgehend von den USA haben sich mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum verschiedene Vereine, Institutionen und Selbsthilfegruppen etabliert, die annehmen, Homosexualität sei eine psychische Krankheit, die „geheilt“ werden kann und sollte. Sie bieten Therapien, Beratungen und Fortbildungen zu dem Thema an, es wird geforscht, publiziert und dieses spezifische Wissen wird u.a. auf Tagungen und Kongressen verbreitet. Hier sollen die Thesen der Bewegung kurz skizziert und anschließend kritisiert werden, indem aus einer queer-theoretisch inspirierten Perspektive heraus die Naturalisierungstechniken aufgezeigt werden, mit denen Heteronormativität stabilisiert wird.

Viele der Gruppen, die der Ex-Gay-Bewegung zuzuordnen sind, haben einen religiösen Hintergrund – dass der Diskurs um die Heilbarkeit von Homosexualität jedoch nicht nur in christlich-konservativen Kreisen zirkuliert, unterstreicht eine Studie aus dem Jahr 2009, in der 17% der 1328 befragten britischen Psychotherapeut_innen angaben, dass sie bereits mindestens ein Mal versucht haben, die Homosexualität ihrer Klient_innen zu vermindern oder zu ändern (vgl. Bartlett/Smith/King 2009). Deshalb weisen Wissenschaftler_innen in den USA bereits deutlich darauf hin, dass der Einfluss der Ex-Gay-Bewegung auf den Diskurs um die Problematik von Homosexualität nicht zu unterschätzen sei. So Robinson und Spivey: „[...] we [...] suggest that the movement’s potential to affect the social order through public policy and influencing the global culture should not be underestimated“ (2007: 665).

Queere Perspektiven ermöglichen eine Kritik an den Thesen der Ex-Gay-Bewegung, indem mit ihnen die Strukturen aufgedeckt werden können, die der Reproduktion von Heterosexualität als Normalität dienen.

Thesen der Bewegung: Definition und Ursachen von Homosexualität

Vertreter_innen der Bewegung zufolge ist Homosexualität ein unnatürliches und unnormales Phänomen, was oft mit der Fortpflanzung begründet wird – Homosexualität könne schließlich keine Kultur oder Gesellschaft am Leben erhalten. Männer und Frauen seien außerdem psychisch und physisch verschieden, was schon auf ihre gegenseitige Verwiesenheit hindeute. Eine Therapie sei aber auch für homosexuelle Personen selbst gewinnbringend, da Homosexualität mit bestimmten negativen Eigenschaften verbunden sei, wie z.B. einer übermäßigen Egozentrik, kaum Selbstdisziplin und Arroganz (vgl. Haley 2006).

Von Natur aus sei also jeder Mensch heterosexuell, eine bestimmte Konstellation von Faktoren könne aber dazu führen, dass manche Menschen mit einem homosexuellen „Problem“ zu kämpfen haben. Einige dieser Faktoren, so wird pauschalisierend argumentiert, seien sexueller Missbrauch, Kontakt mit Pornographie, der Einfluss der Medien, ein negatives Körperbild und als „geschlechtsuntypisch“ konstruiertes Verhalten in der Kindheit. Als wesentlicher Faktor gilt jedoch die nicht gelungene Identifikation mit der eigenen Männlichkeit bzw. Weiblichkeit, die auf eine misslungene Identifikation mit dem gleichgeschlechtlichen Elternteil zurückgeführt wird (vgl. Vonholdt 2006). Dies könne z.B. durch Zurückweisungserfahrungen geschehen, durch die die Heranwachsenden einen Geschlechtsminderwertigkeitskomplex ausbilden, sich also weniger weiblich bzw. männlich fühlen als „normal entwickelte“ Gleichaltrige. Hierdurch sollen dann „geschlechtsungemäße“ Gewohnheiten und Persönlichkeits-

merkmale entstehen. Der homosexuelle Akt stelle dann in der Konsequenz die nachträgliche Identifikation mit der eigenen Männlichkeit bzw. Weiblichkeit dar.

„Therapie“ von Homosexualität

Neben Ratschlägen für Eltern, wie sie einer „homosexuellen Karriere“ ihrer Kinder vorbeugen können, wurde eine Fülle an Therapieformen erarbeitet, die der Umwandlung von Homo- in Heterosexualität (oder „notfalls“ in Asexualität) dienen soll. Eine der Gruppen in Deutschland, die solche Therapien bzw. Beratungen anbietet, ist wuestenstrom e.V. (<http://www.wuestenstrom.de/index.dhtml/484f1bec193f3b50315e/-/deDE/-/CS/-/>) mit Sitz in Tamm nahe Stuttgart. Wuestenstrom beschäftigt nach eigenen Angaben heute 15 haupt- und über 400 ehrenamtliche Mitarbeiter_innen.

Neben seiner therapeutischen bzw. beratenden Arbeit führt der Verein regelmäßig Seminare und Fortbildungen für Seelsorger_innen und Berater_innen zum Thema Homosexualität durch und benennt „Öffentlichkeitsarbeit“ – also die Verbreitung von Informationen und die Teilnahme am öffentlichen Diskurs über Homosexualität – als ein wichtiges Ziel ihrer Arbeit.

In den Therapien bzw. Beratungsangeboten von wuestenstrom soll, wie der Leiter des Vereins Markus Hoffmann auf dem 5. internationalen Kongress für Psychotherapie und Seelsorge 2006 in Marburg erklärte, zunächst nach den persönlichen Gründen für die Homosexualität gesucht werden, da davon ausgegangen wird, dass Homosexualität immer auf tiefer liegende Bedürfnisse hindeute (vgl. Hoffmann 2006).

Da Homosexualität aber auch als ein Problem der Geschlechtsidentifikation gesehen wird, sollen in vielen solcher „Konversionstherapien“ nicht nur die Folgen der Traumatisierung (z.B. durch die Zurückweisung durch das gleichgeschlechtliche Elternteil) verarbeitet, sondern ebenso die „geschlechtsuntypischen“ Verhaltensweisen (wieder) abgelegt werden, um somit nachträglich für eine Identifikation mit der „natürlichen“ Geschlechtsidentität zu sorgen (vgl. Aardweg 1999: 185 ff.). Dies soll durch die Imitation „traditioneller“ Geschlechterrollen geschehen, indem auf entsprechende Stereotype zurückgegriffen wird: Homosexuelle Frauen sollen sich schminken, sich eine „feminine“ Frisur zulegen und ihre Ablehnung gegen Tätigkeiten, die ihrem Geschlecht entsprechen (wie z.B. sich um Gäste zu kümmern oder auf Männer zu hören) ablegen. Für Männer gilt: Sie sollen besonders auf ihre Stimme, ihre Handbewegungen und ihren Gang achten, außerdem können sie durch Erlebnisse wie Holz hacken oder Fußball spielen ihre Männlichkeit erfahren. Wichtig sei auch, dass sich der angehende heterosexuelle Mann darüber bewusst werde, dass er (s)einer Frau gegenüber Verantwortung zu übernehmen habe und auch für sie Entscheidungen treffen müsse.

Zwei Ebenen von Naturalisierung

Die Argumentation der Ex-Gay-Bewegung kann als machtvoll beschrieben werden, da sie Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit naturalisiert und somit alles Nicht-heterosexuelle als krankhaft und untersuchenswert markiert. Diese Naturalisierungen funktionieren hier auf zwei Ebenen:

Auf einer Makroebene wird das „Phänomen“ Homosexualität untersucht, das unnatürlich sein muss, da Heterosexualität natürlich ist.

Da Homo- und Heterosexualität als sich diametral gegenüberstehend konstruiert werden, verweist die Natürlichkeit von Heterosexualität immer schon auf die Unnatürlichkeit von Homosexualität. Diese Natürlichkeit von Heterosexualität muss jedoch immer wieder hergestellt

werden – dies geschieht durch die ständige Bezugnahme auf die Abweichung, die aber sofort wieder abgewertet wird, indem sie als psychische Krankheit, die es zu heilen gilt, konstruiert wird.

Die Ex-Gay-Bewegung versucht durch ihre „Umpolungsversuche“ scheinbar Homosexualität auszulöschen, jedoch wird deutlich, dass Homosexualität als Abweichung bestehen muss, um die Norm zu stabilisieren (vgl. Butler 1996). So versichert sich die Norm ihrer eigenen (höherwertigen) Identität. Das Verhältnis von Homo- zu Heterosexualität wird somit als Machtverhältnis reproduziert, da von heterosexueller Seite aus bestimmt wird, was und wie Homosexuelle sind und dass „sie“ überhaupt eine homogene Gruppe darstellen.

Die Natürlichkeit von Heterosexualität wird mit der Natürlichkeit der Zweigeschlechtlichkeit begründet, indem Männer und Frauen in eine Opposition zueinander gesetzt und als einzige natürliche Geschlechter konstruiert werden, die sich so zwangsläufig sexuell aufeinander beziehen müssen.

Auf einer Mikroebene der Naturalisierung wird nicht Homosexualität, sondern werden homosexuelle Menschen selbst pathologisiert, weil sie persönlich mit der vermeintlich natürlichen Kohärenz zwischen sex, gender und Begehren brechen. Dies geschieht durch die Konstruktion geschlechtsungemäßen Verhaltens, indem davon ausgegangen wird, es gebe „von Natur aus“ spezifisch „männliche“ und spezifisch „weibliche“ Verhaltensweisen und jede Abweichung hiervon müsse psychologische Ursachen haben. Folglich soll nicht nur das Begehren durch die genannten Therapien heterosexualisiert werden, sondern auch die Kohärenz zwischen dem biologischen Geschlecht, der Geschlechtsidentität und dem Begehren hergestellt werden, um „traditionelle“ Geschlechterrollen und ein entsprechendes Geschlechterverhältnis zu reproduzieren (vgl. Hark 2008).

Naturalisierungen aufdecken und angreifen

Die nähere Betrachtung der Thesen der Ex-Gay-Bewegung zeigt, wie hier Naturalisierungen gezielt eingesetzt werden, um nicht-heterosexuelle Lebensweisen zu pathologisieren. Diese Naturalisierungen sind zugleich Grundlage und Ergebnis der Argumentation, die durch die Kombination einer Mikro- und einer Makroebene besonders wirkungsvoll wird.

Queere Perspektiven ermöglichen eine heteronormativitätskritische Betrachtung der Ex-Gay-Bewegung, indem eine dezidiert gegenteilige Position zu der der Bewegung eingenommen wird: Nicht die Abweichung Homosexualität wird untersucht, sondern die diskursive Herstellung bzw. Aufrechterhaltung der Norm durch die Bewegung selbst. Durch diesen Blickwechsel wird deutlich, dass die Pathologisierungen vornehmlich der Reproduktion von Heteronormativität dienen und nicht etwa der Unterstützung der „Betroffenen“. Erst das Aufdecken bzw. Sichtbarmachen dieser genannten Ebenen macht sie angreifbar.

Literatur

- Aardweg, Gerard J. M. van den (1999): Selbsttherapie von Homosexualität. Leitfaden für Betroffene und Berater. 2. Aufl. Neuhausen-Stuttgart: Hänssler
- Butler, Judith (1996): Imitation und die Aufsässigkeit der Geschlechtsidentität. In: Hark, Sabine (Hrsg.): Grenzen lesbischer Identitäten. Berlin: Quer
- Bartlett, Annie/Smith, Glenn/King, Michael (2009): The response of mental health professionals to clients seeking help to change or redirect same-sex sexual orientation. <http://www.biomedcentral.com/1471-244X/9/11>
- Haley, Mike (2006): Homosexualität. Fragen und Antworten. Bielefeld: CLV

- Hark, Sabine (2008): *Lesbenforschung und Queer Theorie: Theoretische Konzepte, Entwicklungen und Korrespondenzen*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS
- Hoffmann, Markus (2006): *Konzept und Begleitung homosexueller Menschen*. <http://akademieips.de/download/8429-Hoffmann-Konzept%20und%20Begleitung%20homosexueller%20Menschen.doc>
- Robinson, Christine/Spivey, Sue (2007): *The politics of masculinity and the ex-gay movement*. In: *Gender and Society* 2007, 21, 650-675
- Vonholdt, Christl Ruth (2006): *Homosexualität verstehen*. In: *Bulletin. Nachrichten aus dem Deutschen Institut für Jugend und Gesellschaft*, Sonderdruck 2006, 1-1

Zum Konzept der „Täuschung“ – Einladung zur queer-feministischen Veranstaltungen in Bremen: „Queer-feministische Debatten, Reflexionen und Interventionen

19.05.11, Ines Pohlkamp

Feminismus soll gerade für junge Frauen wieder attraktiv gemacht werden. Cool und lässig soll Feminismus sein und das Leben für Frauen schöner machen, so das Credo vieler Bücher. Ist damit Feminismus schon so salonfähig, dass man/Frau darüber gar nicht mehr in gesellschaftskritischer Form sprechen müsste? Dass sich dieser „neue Feminismus“ nicht auf alle Frauen bezieht und sich oftmals nicht als feministische Kritik an der gesamten Gesellschaft versteht, ist scharf zu kritisieren. Deshalb plädiert der „Feministische Arbeitskreis ‚Schöner Leben‘“ aus Münster für eine lokale feministisch gesellschaftskritische Bewusstseinsbildung. Leerstellen wie Rassismus, soziale Spaltungen und ökonomische Ausbeutung, die insbesondere Frauen treffen, zeigen, dass es notwendig ist feministische Widerstandspraxen innerhalb breiter sozialer Bewegungen zu etablieren!

Debatten um Familienpolitik, Kinderbetreuung, Elterngeld und Väterzeit ebenso wie der seit einiger Zeit in den Medien kursierende sogenannte „neue Feminismus“ scheinen auf den ersten Blick Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit wieder auf die politische Tagesordnung gebracht zu haben. So scheint der Feminismus in staatlichen Institutionen und in der bürgerlichen Mitte angekommen zu sein. Haben sich emanzipatorische Forderungen damit also erledigt?

Hervorgeholt aus der vermeintlichen Mottenkiste und befreit vom Mief der 70er Jahre soll Feminismus gerade für junge Frauen wieder attraktiv gemacht werden. Feminismus kann cool und lässig sein und soll das Leben schöner machen, so Meredith Haaf, Susanne Klinger und Barbara Streidl in ihrem Buch „Wir Alpha-Mädchen“. Thea Dorn propagiert in Abgrenzung vom Feminismus der 70er Jahre die neue F-Klasse, erfolgreiche Individualistinnen, die es geschafft haben, „ihre Projekte trotz Anfechtungen durchzusetzen und dennoch keine schmallippigen Karrieremaschinen geworden sind.“ Ebenso verabschieden sich die „neuen deutschen Mädchen“ Jana Hensel und Elisabeth Raether von einem Populär-Feminismus à la Alice Schwarzer und konzentrieren sich stattdessen in autobiografischer Weise auf das, was ihrer Auffassung nach der Feminismus außen vor gelassen hat: die Probleme, Wünsche und Sehnsüchte des privaten Lebens von Frauen.

So ist auf den ersten Blick zu meinen, dass im Namen des sogenannten „neuen Feminismus“ in Form von Literatur wie Wir Alpha-Mädchen oder die Neue F-Klasse, aber auch der Familienpolitik der großen Koalition doch eigentlich Feminismus schon zum Mainstream und so salonfähig geworden ist, dass man/Frau darüber doch gar nicht mehr in gesellschaftskritischer Form sprechen müsste.

Zu fragen ist aber, ob sich dieser sogenannte „neue Feminismus“ auf **alle** Frauen bezieht und inwiefern sich dieser tatsächlich als feministische Kritik an der gesamten Gesellschaft versteht?

Feministische Leerstellen

Bei genauerem Hinsehen fällt nämlich auf, dass diese Art Post-Feminismus nichts gemeinsam hat mit einem gesellschaftskritischen Feminismus der sogenannten zweiten Frauenbewegung, die im Kontext der StudentInnenbewegung 1968 entstand. Ein Tomatenwurf während der Delegiertenkonferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes war 1968 einer der Startschüsse für diese zweite deutsche Frauenbewegung. Damals kritisierten die Studentinnen, der SDS ignoriere die Diskriminierung von Frauen. Als Teil sozialer Bewegungen und Kämpfe formulierte sie eine fundamentale Kritik an bestehenden kapitalistischen Verhältnissen. Die Perspektive der Generation der Alpha-Feministinnen ist jedoch eine andere. Ihnen geht es vor allem um sich selbst: Um mittelständische, intellektuelle Frauen auf der Karriereleiter steil nach oben. Ihr „feministischer“ Anspruch ist begrenzt auf individuelle Selbstverwirklichung und beruflichen Erfolg.

Die Lebenssituation von Migrantinnen, Hartz IV-Empfängerinnen, Alleinerziehenden, um nur einige zu nennen, kommen hingegen nicht vor, geschweige denn, dass ein Blick über den eigenen bundesrepublikanischen Tellerrand hinaus gemacht wird. So scheint es der neuen feministischen Avantgarde noch nicht aufgefallen zu sein, dass globale (patriarchale) Unrechtsstrukturen besonders auch Frauen betreffen und unter den Frauen selbst große Ungleichheitsverhältnisse existieren.

Mag der Anspruch dieses sogenannten „neuen Feminismus“ das Lebensgefühl einer bestimmten Gruppe von Frauen aufgreifen, angesichts der aktuellen sozialen und politischen Entwicklungen greift er jedenfalls viel zu kurz. Leerstellen wie Rassismus, soziale Spaltungen, ökonomische Ausbeutung, Elitenförderung und Klassenverhältnisse zeigen, dass es sich im Gegenteil lohnt die „Tomate weiterzuwerfen...“

Lokale feministische Bewusstseinsbildung

Um eine feministische gesellschaftskritische Diskussion gerade unter Einbeziehung dieser Leerstellen anzustoßen, konstituierte sich unter dem Namen „Feministischer Arbeitskreis ‚Schöner leben‘“ Ende 2007 eine Gruppe von sechs Frauen im Umfeld des Institut für Theologie und Politik und der attac-Regionalgruppe in Münster. Im Gegensatz zum entsolidarisierten Bücherfeminismus bestand das Hauptanliegen der Gruppe darin, sich an lokaler feministischer Bewusstseinsbildung zu beteiligen.

Zum einen sollte die Frage danach gestellt werden, wie sich Formen feministischer Politik verändert haben? Wo gibt es heute Protest und Widerstand gegen Frauendiskriminierung und Geschlechterhierarchie, ohne die kapitalistische Gesellschaft nicht funktionieren würde? Wie kann es gelingen, gleichzeitig die Geschlechterrollen und ganz grundsätzlich die Einteilung in zwei Geschlechter selbst als hierarchisch und überholt zu entlarven und zu bekämpfen? Wie können wir Ansätze grundsätzlicher feministischer Kritik sichtbarer machen, miteinander ins Gespräch bringen und öffentliche Debatten anstoßen?

Darüber hinaus ging es darum, die derzeit zum größten Teil fragmentierten lokalen feministischen Gruppen und Institutionen (z.B. die autonomen Frauenhäuser oder Frauenrechtsgruppen oder autonome Gruppen, die z.B. Ladyfeste organisieren, feministische Politik und Diskussionen an den Hochschulen oder in linken Gruppen organisieren) nicht nur sichtbarer werden zu lassen, sondern Möglichkeiten stärkerer Vernetzung zu erschließen.

Einige Monate traf sich die Gruppe, um sich über aktuelle Debatten und Publikationen im Bereich ‚Feminismus‘ zu informieren. So diskutierten wir die oben genannten Bücher und die

Debatten um den daran anschließenden ‚neuen Feminismus‘ in den Medien. Auf der anderen Seite diskutierten wir aber auch Publikationen z.B. des Feministischen Institut Hamburg (G. Winker, Melanie Groß: „Queer-/feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse“, Münster 2007) oder von Frigga Haug (Die Vier-in-Einem-Perspektive, Hamburg 2008). Daraus entstand die Idee, eine Veranstaltungsreihe zum Thema „neuer Feminismus“ und möglicher Kritik daran zu initiieren. Klingt diese Vorstellung auch akademisch, ging es uns um sehr reale Alltagssituationen, die politisch eingeschätzt werden und in politische feministische Praxis umgesetzt sein wollen. Um die Fragestellungen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, haben wir im Frühjahr 2009 eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Die Tomate weiterwerfen...Feministische Gesellschaftskritik jenseits von Alpha-Mädchen und F-Klasse“ dazu durchgeführt.

„Die Tomate weiter werfen“ – Die Veranstaltungsreihe

Mit dem Film „Bread and Roses“ von Ken Loach wurde die dreiteilige Veranstaltungsreihe eröffnet. Der im Jahr 2000 entstandene Film zeigt das Schicksal der illegalisierten mexikanischen Migrantin Maya, die in Los Angeles in einer Putzkolonne arbeitet und sich nach und nach politisiert und gewerkschaftlich organisiert, gleichzeitig aber dadurch auch in massiven Konflikt mit ihrer Schwester gerät. Der Film basiert auf den Erfahrungen der Gewerkschaftskampagne „Justice for Janitors“ in den USA und zeigt deutlich die Verquickung von sexistischer, rassistischer und sozialer Diskriminierung auf. Dies war uns ein besonderes Anliegen angesichts des neuen „Eliten-Feminismus“. Außerdem machte er die internationale Dimension des Themas deutlich.

Auf die Entstehung und Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland seit 1968 konzentrierte sich die Politologin Stefanie Ehmsen (Berlin) mit ihrem Vortrag unter dem Titel „Ausverkauf des Feminismus? Von der Revolutionärin 1968 zur Gleichstellungsbeauftragten“. Im Anschluss daran entstand eine rege Diskussion unter den Teilnehmenden und mit der Referentin über Chancen und Grenzen von aktueller Gleichstellungspolitik, über Geschlechterverhältnisse und – rechtmäßig oder unrechtmäßig – verloren gegangene Ansprüche von Gesellschaftskritik aus feministischer Perspektive. Ganz grundsätzlich wurde über die Definition von „Feminismus“ oder „Frauenbewegung“ und ihre Aktualität diskutiert. Dabei wurden sehr kontroverse Positionen deutlich, die aber gut nebeneinander stehen gelassen werden konnten. Trotzdem konnte insgesamt unter den Beteiligten Konsens darüber festgestellt werden, dass es notwendig ist, Diskriminierung und immer noch verfestigte Rollenbilder sowohl öffentlich als auch innerhalb von Beziehungen zu thematisieren.

Vor welche Herausforderungen feministische Gesellschaftskritik in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise gestellt ist, analysierte die Soziologin Gabriele Winker (Hamburg). Ihr Vortrag nahm die Wirtschaftskrise als Ausgangspunkt, um den Ansatz der Intersektionalität, der von Gabriele Winker und ihren Kolleginnen zurzeit entwickelt wird, vorzustellen. Dieser berücksichtigt vier Kategorien – Geschlecht, Körper, ‚Rasse‘ und Klasse, um Unterdrückung und Herrschaft auf drei Ebenen, nämlich Struktur, Repräsentation und Identität, zu beschreiben. An der TU Hamburg, an der die Referentin lehrt, wird dieses Modell anhand einer Studie zu Erwerbslosigkeit von einem Forscherinnenteam zur Zeit getestet.

Die anschließende Diskussion drehte sich viel um die Verbindung des theoretischen Anspruchs des Modells ‚Intersektionalität‘ mit konkreten politischen Notwendigkeiten, z.B. der Organisation von feministischen Anliegen in Gruppen, Bündnisbildung und politischer Wirksamkeit. Angesichts der dominanten Interpretationen der Wirtschaftskrise und entsprechend konservativen Handlungsstrategien scheint zurzeit wenig Spielraum für emanzipatorische Gesellschaftsveränderung zu existieren. Die Frage, wie konkret ein Aufbrechen dieser

Dominanzen zurzeit möglich ist, musste offen bleiben. Die Betrachtungsweise des intersektionalen Ansatzes, unterschiedliche Herrschaftsformen zusammen zu denken und doch als eigenständige zu verstehen, wurde jedoch von der Mehrheit als sehr nützlich für Perspektiven von Veränderung und neuen Strategien angesehen.

Perspektiven und Potenziale feministischer Widerstandspraxen vor Ort

Von mehreren Seiten bekamen wir Anerkennung dafür, das Thema aufgegriffen und in Münster öffentlich diskutierbar gemacht zu haben, da es kaum kritische Veranstaltungen dazu gibt. Durch die Suche nach Mitveranstaltenden ergaben oder vertieften sich Kontakte und es besteht das Interesse, weitere Veranstaltungen gemeinsam zu organisieren. Leider sind wir in Münster weit davon entfernt, (wieder!?) ein handlungsfähiges feministisch-politisches Bündnis auf die Beine zu stellen – die letzte spektrenübergreifende Vorbereitung des Internationalen Frauentags mit aussagekräftigen Protest-Aktionen fand 2005 statt. Von daher muss es im Moment bei solchen kleinen Projekten und Anstößen bleiben. Dennoch können die verschiedenen feministischen Widerstandspraxen innerhalb breiter sozialer Bewegungen dazu beitragen, dass eine andere Welt denkbar wird, in der ein menschenwürdiges Leben für alle selbstverständlich ist. So wollen wir weiterhin Ansätze feministischer Gesellschaftskritik sichtbar machen, Impulse und Ideen anzustoßen und nach Handlungsmöglichkeiten feministischen Widerstands für eine gerechtere und solidarischere Welt zu suchen.

Gender Gap? – Eine Auseinandersetzung am Einzelfall

19.01.11, Jana Ballenthien

Sexistische Situationen begegnen uns in unserem Alltag immer wieder und stellen uns vor die Aufgabe, einen adäquaten Umgang damit zu finden. Dieser Artikel plädiert dafür, jede Situation in ihrem jeweiligen Kontext als spezifischen Einzelfall zu betrachten, und demnach auf offenes, „nicht-böse-gemeintes“, platt traditionell und sozialpolitisch verankertes sexistisches Verhalten und die diversen Schnittmengen spezifisch zu reagieren. Im Fokus des Artikels steht eine Situation, in der es um eine sprachliche Auseinandersetzung über die in einem TV Werbespot dargestellten Geschlechterrollen geht. Darin wird eine Möglichkeit feministischer Handlungsfähigkeit vorgeschlagen, die die differenzierten Deutungshorizonte sexistischen Handelns versucht zu verstehen und ernst zu nehmen, um auf dieser Grundlage Diskurse zu verhandeln und zu verändern.

Ich wurde durch mein Umfeld in einen gendergerechten Umgang, in eine gendergerechte Sprache, in ein feministisch-politisches Bewusstsein einsozialisiert. Mein Umfeld, das ist ein Freundes- und Bekanntenkreis innerhalb einer politischen Szene, in dem gesellschaftliche Missstände über Genderaspekte hinaus skandalisiert und aktiv bekämpft werden. Unser Umgang beruht dabei auf gegenseitigen Respekt und versucht, im Rahmen der eigenen Fehlbarkeit, fernab von Sexismus, Rassismus und anderen Diskriminierungsfaktoren zu sein. Dieses Bewusstsein macht potentiell verletzlicher innerhalb des gesellschaftlichen Normalzustandes, denn ich erkenne weitaus häufiger offenes, „nicht-böse-gemeintes“, platt traditionell und sozialpolitisch verankertes sexistisches Verhalten und die diversen Schnittmengen.

Bin ich damit Betroffene, Verantwortungsträgerin oder beides? Und vor allem, welches Diskussionsverhalten zwischen mir und meinen Mitmenschen sollte daraus resultieren? Wie sollte ich mit ihnen kommunizieren, wenn sie sich „traditionell“-sexistisch verhalten, zum Beispiel schon ein einziges Binnen-I zu Irritationen oder sogar Anfeindungen führt? Wie sollte ich reagieren, wenn ich mit Machismen konfrontiert werde? Wie sollte ich reagieren, wenn Menschen in meiner Gegenwart aktiv Genderstereotype reproduzieren?

Mit meinem Bewusstsein für die genderspezifischen Aspekte und vor allem Problemstellungen der Gesellschaft versuche ich – davon abgesehen, dass wir alle nicht unfehlbar sind – dementsprechend zu agieren. Uns allen ist bewusst, dass dies nicht immer einfach ist. Wie oft werden wir am Arbeitsplatz, im Supermarkt, auf Tagungen, auf Partys, in Blogs oder an jedem beliebigen anderen Ort mit Sexismen konfrontiert? Wie oft haben wir diskutiert, wie oft fühlten wir uns vor den Kopf gestoßen und lächerlich gemacht und wie oft haben wir uns resigniert und kopfschüttelnd abgewendet. In den Situationen, in denen eine verbale Auseinandersetzung möglich schien, haben wir sie oft nicht mehr ergriffen, weil wir dessen müde geworden sind. Das ‘nicht-reagieren’ oder ‘nicht-reagieren-können’ kennen wir. Das Erlangen von sinnvoller aktiver Handlungsfähigkeit bringt uns an unsere Grenzen. Das hat meiner Meinung nach zwei Gründe. Zum einen haben wir das Gefühl, dass sich die gleichen Szenen ständig wiederholen, wir uns immer wieder den gleichen Vorurteilen und Anfeindungen stellen müssen und immer wieder den gleichen Text abspulen müssen. Zum anderen sind die Situationen gleichzeitig zu divers. Sie entziehen sich unserer Reaktion, weil sie uns überrumpeln, weil wir sie nicht in ihrer Gänze durchschauen können und weil wir somit nicht in jeder Situation den richtigen Spruch auf den Lippen haben.

Adrian Lang, ein Berliner Blogger hat dieses Dilemma sehr geschickt gelöst, indem er mit der Fülle an Situationen in einem Blogeintrag gemeinsam „abrechnete“. In seinem Blogeintrag „Sprache und Geschlecht“ setzt sich Adrian in klarer Sprache, ernsthaft aber humorvoll mit

den Inhalten aus Kommentaren auseinander, die irritierten oder anfeindenden Bezug auf seine gendergerechte Schriftsprache nehmen. Die Spiegelung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse durch Handeln und Sprechen spricht er dabei ebenso an, wie seine eigenen kleinen Inkonsequenzen, sich den Machtverhältnissen zu widersetzen. Und doch überlässt er es den (Netz-)Subjekten selbst, sich für oder gegen eine gendergerechte Sprache zu entscheiden, indem er ihnen einen ironiegeladenen Schlussabsatz an die Hand gibt: „Immer noch nicht überzeugt? Kein Problem. Habt eine mehr oder weniger begründete Position, warum ihr schön weiter generisches Maskulinum schreibt – es werden keine Horden von Feminist_innen bei euch einfallen und unter jeden eurer Blogposts Kommentarhaufen setzen. Sofern ihr euch nicht gerade in linksradikalen, tendenziell profeministischen Kreisen herumtreibt, werdet ihr wohl nie in die Verlegenheit kommen, euch zu rechtfertigen.“ (ebd.). Diese Ansprache an die verallgemeinerten Anderen ist in diesem Fall möglich, da Schriftsprache geduldig ist, und es sich zudem anbietet, den aus feministischer Perspektive fragwürdigen Umgang mit Sprache als gemeinsames Bezugsmerkmal der Angesprochenen zu nehmen.

Offline lassen sich Situationen leider nicht so leicht „clustern“, und der/die Andere wartet sicher nicht, bis wir der Situation eine Gesamtanalyse unterzogen haben, um anschließend angemessen zu reagieren. Und doch ist dies genau der Weg, für den ich mich entschieden habe. Ich reagiere (oder reagiere eben nicht) weiterhin im Rahmen der sich aus der Situation ergebenden Spontaneität, doch gleichzeitig bin ich der Meinung, dass jede einzelne von mir erlebte Situation die Berechtigung hat, im Nachhinein kritisch reflektiert zu werden. Selten ist die Ursprungssituation dann fortsetzbar. Mein Fundus an Reaktionsmöglichkeiten in späteren Situationen wächst aber damit stetig [1].

Die folgende Situation stellt keinen offenen sexistischen Angriff dar. Dennoch ist sie emotional aufgeladen, handelt es sich doch bei meinem Gegenüber um einen nahen Verwandten. Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem Einzelfall wird aufgrund der spezifischen verwandtschaftlichen Ebenen der Situation besonders deutlich.

Vor kurzem sah ich einen TV Webespot, in dem ein bundesweit sehr erfolgreicher Comedian für elektronische Haushaltsprodukte warb. Er benutzte dafür unter anderem die Darstellung landläufiger Stereotype unterschiedlichen Kaufverhaltens von Männern und Frauen und größerer Technikversiertheit von Männern gegenüber Frauen. Die Auseinandersetzung über in diesem Spot dargestellten Genderrollen wäre sicher einen eigenen Artikel wert. Den Inhalt eines solchen schreibenswerten Artikels erzählte ich meinem Verwandten, dem ich bis dato immer eine gewisse Gender-Kompetenz zugesprochen hatte. Ich musste ernüchternd feststellen, dass eine Jahrzehnte lange gerechte Aufteilung der Hausarbeit in seiner ehelichen Beziehung und Geburtstagsgeschenke wie ein Elektronikbaukasten und ein Mikroskop statt einer Puppe noch lange keine Indizien dafür sind, dass mein Verwandter nicht positiv von sexistischen, die Heteronormativität reproduzierenden Werbespots angesprochen wird. Ihn befiel tatsächlich die Befürchtung, ich könne „eine Männerhasserin, so wie Alice Schwarzer“ [2] sein. Dieser Befürchtung wollte er sogleich entgegenwirken mit bekannten Argumenten wie: „Das ist doch witzig, dein Freund geht doch auch total ungerne einkaufen und ist dann ganz zielstrebig, weil er schnell wieder ausm Laden raus will. Und du eben nicht!“ und „Dass Frauen als Schnattergänse dargestellt werden, die keine Ahnung von Technik haben, hat doch nichts mit dem Frauenbild in der Gesellschaft zu tun!“ und „Wenn du jetzt schreibst, dass das frauenfeindlich ist, dann fassen sich die Frauen an den Kopf und sagen, was is’n das für ne blöde Emanze!“ und „Es gibt doch auch Blondinenwitze, warum ist dann dieser Webespot so schlimm?“ etc.

Nach anfänglichen Schock und eskalierendem Aufbegehren ruderte ich zurück und analysierte die Situation: Mein Verwandter liebt Comedyskette und nimmt keine Differenz zwischen

Comedy und politischem Kabarett wahr, solange nur die Pointe gut ist. Und mein Verwandter hatte wie ein Großteil der Menschen in der eurozentristischen Welt durchaus schon etwas von Feminismus gehört. Allerdings leider von der Art Feminismus, gegen den wir FeministInnen der dritten Welle (Baumgardner/Richards 2000), des Popfeminismus (Eismann 2007), des Feminismus 2.0 (Mädchenmannschaft, Missy Magazine u.a.) oder des Queerfeminismus (Groß 2007; Hausotter 2010), so divers wir in unserer konkreten Ausrichtung auch sind, eine Gegenbewegung darstellen und kritisch Stellung beziehen [3]. Auch haben wir einen unterschiedlichen Deutungshorizont, was die gesellschaftliche Reproduktion und Verfestigung von stereotypen Genderrollen durch dessen (hier komödiantische) Darstellung betrifft. Paradoxerweise war ihm also vermutlich auch nicht bewusst, dass er durch seine Geburtstagsgeschenke bei mir einen Grundstein dafür gelegt hatte, stereotype Genderrollen zu hinterfragen. Ich ließ etwas Zeit verstreichen und überlegte mir Handlungsoptionen. Ein einfaches Ausschweigen der Diskussion wäre die einfachste Lösung gewesen. Aber der Umstand, dass in diesem Fall ein geliebter Teil meiner Familie meine Werte und Ideale nicht verstand, nagte zu sehr an mir. Ich entschied mich in den Konflikt zu begeben. So entwickelte ich eine Strategie, die nicht darauf beruhte, ihn als Gewohnheits-Sexisten anzuklagen, sondern gemeinsam mit ihm über die unabänderliche gesellschaftliche Realität zu reflektieren, in der wir uns beide gleichberechtigt – oder eben gerade nicht gleichberechtigt – befinden. Ich leitete unser Gespräch mit statistischen Informationen bezüglich der sozialpolitischen Geschlechterungleichheiten ein, für die ich meinen Verwandten versuchte zu sensibilisieren. Von dort aus zeichnete ich langsam verbal eine große Kurve, um schlussendlich und ohne Fachtermini den Zusammenhang zwischen sozialpolitischer Realität und genderrelevantem Handeln herzuleiten. Mein Verwandter und ich waren danach beide sehr erschöpft. Seine „heile Welt“ hatte Risse bekommen, und mir wurde mal wieder in voller Gänze meine Unzulänglichkeit, oder gar die Unzulänglichkeit des Feminismus, bewusst, unsere Perspektive auf die Gesellschaft mit all ihrem Basis- und ExpertInnenwissen an der aktuellen Gender-Kompetenz unserer GesprächspartnerInnen orientiert zu vermitteln. Mein Verwandter und ich konnten uns nur auf einen fragilen Konsens einigen. Er gestand mir ein, Recht zu haben, allerdings nicht ohne den Hinweis, bitte nicht mehr über den umstrittenen Comedian zu sprechen. „Ich möchte das bitte weiter ohne Analyse und lachend anschauen können.“ Ich willigte ein.

Diese Reaktion wäre leicht pessimistisch auszulegen. Ich möchte sie allerdings positiv bewerten. Ein Grundstein für zukünftige Diskussionen wurde von uns beiden dadurch gelegt, dass wir die Grenzen des aktuellen Bewusstseins von genderrelevanten Themen gegenseitig akzeptierten. Entgegen paternalistischer Ambitionen möchte ich also einen beidseitigen Lernprozess voranbringen. Wie es weitergeht? Wir beide besuchen demnächst ein feministisches Kabarett.

Dieser Einzelfall zeigt exemplarisch wie wichtig es ist, die differenzierten Deutungshorizonte (sexistischen) Handelns zu verstehen und ernst zu nehmen, um auf dieser Grundlage Diskurse zu verhandeln. Nur mit unseren Gegenübern gemeinsam sind wir inner- und außerakademische FeministInnen in der Lage, die im gesellschaftlichen Diskurs vorherrschenden Genderdebatten zu verändern. Das Bewusstsein für genderspezifische Problemstellungen der Gesellschaft ist meiner Meinung nach eine Verantwortung, die wir übernehmen müssen, obgleich wir uns durch unsere Sensibilisierung gegenüber diesen Themen, gleichzeitig als Betroffene wahrnehmen können.

Neben aller Betroffenheit und bei all den Ungleichheitsdimensionen, in die wir gesellschaftlich, ganz persönlich und als Gruppierung verwoben sind, sind wir inner- und außerakademischen in eine Genderkompetenz einsozialisierten FeministInnen doch auch privilegiert. Mit diesem Privileg verschanzen wir uns aus Angst vor Verletzung, aus gesunkener Frustrationstoleranz und/oder aus Überheblichkeit allzu oft in einem Elfenbeinturm, einer Festung, die

nur durchlässiger werden kann, wenn wir unsere Gegenüber weder vorverurteilen noch ignorieren oder gar missionieren sondern Perspektivenübernahmen versuchen und mit ihnen gemeinsam Konzepte entwickeln, die die Genderkompetenz der Gesellschaft erhöhen. Um dies zu erreichen plädiere ich für eine sensible Auseinandersetzung mit dem Einzelfall. Da die Anzahl der Einzelfälle mir bislang als unzählbar erscheint, bleibt mir an dieser Stelle nur zu sagen: Fortsetzung folgt. Vielleicht auch durch euch?

[1] Dabei möchte ich nicht unterschlagen, dass es selbstverständlich Situationen gibt, in denen auch ich an den Grenzen meiner Toleranz ankomme. Mit manchen SexistInnen möchte ich auch nicht im Traum erneut an einem Tisch sitzen und Perspektiven ernst nehmen. Diese Situationen bleiben, vermutlich aufgrund meines eher politischen Umfeldes, in der Minderzahl. Meine solidarischen Gedanken gehen an dieser Stelle an die Menschen, die es weitaus schwerer haben, sich einem sexistischen, rassistischen oder wie auch immer verwobenen diskriminierenden Umfeld zu entziehen.

[2] Alice Schwarzer ist eine der bekanntesten VertreterInnen des Feminismus der zweiten Welle (Gerhard 2009).

[3] Ich bin mir der teils harten Differenzen der unterschiedlichen feministischen Strömungen bewusst. Wenn ich an dieser Stelle von „Wir“ spreche, meine ich nicht mehr und nicht weniger, als dass wir alle geistige Kinder der ersten und zweiten Welle des Feminismus sind. Ob und in welchem Ausmaß daraus ein Wir-Gefühl resultiert, sei dahingestellt. Mir persönlich tut es emotional gut, ab und an von einem politischen „Wir“ auszugehen, auch wenn ich damit, unsere kleine politische Schnittmenge zugrunde legend, einer Utopie anhänge.

Literatur

- Baumgardner, Jennifer/Richards Amy (2000): Manifesta: Young Women, Feminism, and the Future. Straus and Giroux: Farrar
- Eismann, Sonja (2007): Hot Topic: Popfeminismus heute. Ventil Verlag
- Eismann, Sonja/Lohaus, Stefanie/Köver, Chris/Tsomou, Margarita (Hrsg.): Missy Magazine. Magazin über Popkultur, Politik und Style für Frauen, <http://missy-magazine.de>
- Gerhard, Ute (2009): Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789. Beck Verlag
- Groß, Melanie (2007): Queer Theory, <http://www.feministisches-institut.de/queertheory>
- Hausotter, Jette (2010): Zwischen Emanzipation und Einpassung. Postfeministische Verwicklung in Politik und Popkultur, <http://www.feministisches-institut.de/postfeministische-verwicklungen>
- Lang, Adrian (2010): Sprache und Geschlecht. Auf: Adrians Blog, <http://blog.adrianlang.de/?p=848>
- Mädchenmannschaft, Feministischer Blog, <http://maedchenmannschaft.net>

Die Spendenaktion zur Rettung des Frauenhaus Wedel

15.09.11, Kathrin Nordmann

Die ersten Frauenhäuser in der BRD wurden in den 1970er Jahren im Kontext der Autonomen Frauenbewegung gegründet. Bis heute sind sie zentraler Bestandteil des Schutz- und Beratungsangebots für von Gewalt betroffene Frauen. In Schleswig-Holstein wurde jedoch die Streichung der Finanzierung des „Autonomen Frauenhaus Wedel“ und des „AWO Frauenhaus Lübeck“ beschlossen und dies trotz hoher Auslastung. Die Begründung ist, dass dort Frauen aus anderen Bundesländern Schutz suchen. Die Sparmaßnahmen sind vor dem Hintergrund einer fehlenden bundesweiten Finanzierungssicherheit der Frauenhäuser zu sehen und folgen einer Politik, die zu Lasten der Opfer von Gewalt geht. Zur Rettung des Frauenhauses Wedel wurde deshalb eine Spendenaktion gestartet.

Insgesamt hat die CDU/FDP Landesregierung Schleswig-Holstein die Einsparung von 48 Frauenhausplätzen beschlossen. Ab Ende 2011 soll die Förderung wegfallen. Die Streichung geschieht ungeachtet der Tatsache, dass Frauenhäuser die einzigen Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder sind. Jährlich suchen in den ca. 380 Frauenhäusern bundesweit etwa 45.000 Frauen Schutz. Das von den Einsparungen betroffene Frauenhaus Wedel hat 15 Plätze. Pro Jahr werden dort etwa 100 Frauen und deren Kinder aufgenommen, durchschnittlich ist das Haus zu 85% belegt. Die Begründung für die Streichung der Finanzierung ist auch nicht, dass das Frauenhaus zu wenig ausgelastet sei. Die Landesregierung sagt vielmehr, dass in dem an der Grenze zu Hamburg gelegenen Frauenhaus zu viele Frauen aus anderen Bundesländern Schutz suchen und weigert sich, die Kosten für deren Unterbringung zu tragen. Darüber hinaus wird eine Zugangsbeschränkung für Frauen aus anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein für die übrig bleibenden Frauenhäuser geplant.

Die Sparmaßnahmen der Landesregierung lässt die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen völlig außer Acht. Oft können Frauen aufgrund der Bedrohung nicht in der Nähe ihres bisherigen Wohnortes ein Frauenhaus aufsuchen. Sie flüchten deshalb aus Sicherheitsgründen in Frauenhäuser, die z.T. sehr weit entfernt liegen. Mit der Streichung der Frauenhausplätze verbindet die Landesregierung die Hoffnung, dass mit weniger Plätzen auch weniger Frauen kommen. Doch nur weil Plätze gestrichen werden, wird die Gewalt nicht weniger und der Bedarf an Schutz und Unterstützung nicht geringer.

Fehlende bundesweite Finanzierung der Frauenhäuser

Die Diskussion um „zu viele“ Frauen aus anderen Bundesländern ist nicht nur zynisch, sondern auch vor dem Hintergrund einer fehlenden bundesweit einheitlichen, unbürokratischen Finanzierung der Frauenhäuser zu betrachten. In Schleswig-Holstein erhalten die Frauenhäuser über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) ihre Zuwendungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Dieses Modell gilt im Vergleich zu anderen Finanzierungsmodellen als vorbildlich, da es den Frauenhäusern durch eine pauschale Finanzierung Planungssicherheit garantiert und eine unbürokratische, anonyme und schnelle Aufnahme betroffener Frauen ermöglicht. Die Hilfe der Frauenhäuser kann unabhängig von der finanziellen Situation der betroffenen Frauen in Anspruch genommen werden; die ohnehin hohe Hürde ein Frauenhaus aufzusuchen wird niedrig gehalten und dadurch dieser Schritt vielen Frauen erleichtert und ermöglicht. Dies hat auch zur Folge, dass Schleswig-Holstein ein relativ gutes Netzwerk an Frauenhäusern im Vergleich zu reicheren Bundesländern wie etwa Bayern oder Baden Württemberg hat. In anderen Bundesländern basiert die Finanzierung von Frauenhäusern auf einzelfallabhängigen Tagessätzen. Die sogenannte Pro-Kopf-Finanzierung ist mit hohem bürokratischem Auf-

wand verbunden. Die Opfer von Gewalt müssen individuell für die Kosten des Frauenhausaufenthalts aufkommen. Ist dies den Betroffenen nicht möglich, muss die Kostenübernahme beantragt und genehmigt werden und das bevor eine Frau ein Frauenhaus aufsucht. Dieser bürokratische Umgang bringt Frauen in lebensbedrohliche Situationen. Viele Frauen wie z.B. Studentinnen sind außerdem von der Beantragung der Gelder ausgeschlossen. Einige Frauenhäuser mussten auf Basis dieser Finanzierung trotz des hohen Bedarfes schließen, da sie über längere Zeit nicht voll belegt waren, denn die betroffenen Frauen sind in ihrer bedrohlichen Situation i.d.R. nicht in der Lage ein Antragsverfahren durchzustehen.

Gewalt gegen Frauen – die Gründung der ersten Autonomen Frauenhäuser

Gewalt gegen Frauen war lange ein Tabuthema und wurde als Privatsache angesehen. Erst in den 1970er Jahren hat die Autonome Frauenbewegung das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen öffentlich gemacht und sich für gesellschaftliche Veränderungen eingesetzt. Als politische Antwort darauf gründeten Frauengruppen nach dem Vorbild der Frauenhäuser in England 1976 die ersten Autonomen Frauenhäuser in Berlin und Köln. In deren Folge sind weitere Frauenhäuser als autonome feministische Projekte entstanden.

Nach wie vor ist der Bedarf an Frauenhäusern groß: In seinem Staatenbericht (2009) hat das CEDAW (Convention on the Elimination of all Forms of Diskrimination against Women) Komitee der Vereinten Nationen (UN) die Bundesregierung aufgefordert die Finanzierung der Frauenhäuser in Deutschland angemessen sicherzustellen. Die derzeitige Politik verstößt gegen die Menschenrechte und die Frauenrechtskonvention (CEDAW), die Deutschland selbst ratifiziert hat. Hinzu kommt, dass Schleswig-Holstein durch die Streichung der Plätze noch weiter hinter den vom Europarat empfohlenen Standard von einem Frauenhausplatz pro 7.500 Einwohner zurückfällt. Die Notwendigkeit von Frauenhäusern als Schutz- und Unterstützungseinrichtungen belegt eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend von 2004, nach der jede vierte Frau mindestens ein- oder auch mehrmals in ihrer Beziehung körperliche und sexuelle Gewalt erlebt. Häusliche Gewalt betrifft Frauen aus allen Schichten, jeden Alters und ist unabhängig von kulturellen Hintergrund, Religion oder Nationalität. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen erweist sich allein schon der vom Europarat empfohlene Standard von Frauenhausplätzen als verschwindend gering.

Frauenhausarbeit

Frauenhäuser verstehen sich nicht als betreuende soziale Einrichtungen, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe und als politische Projekte, da sie Gewalt gegen Frauen skandalisieren und gesellschaftliche Veränderungen anstreben. Teile dieses Selbstverständnisses zeigen sich auch heute in der Struktur und der alltäglichen Arbeit der Autonomen Frauenhäuser. Hierzu gehört z.B. der Anspruch von Hierarchiefreiheit, ein antirassistisches und feministisches Selbstverständnis und ein Verständnis von Frauenhausarbeit als politische Arbeit, in der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit zu häuslicher Gewalt einen hohen Stellenwert haben. Darüber hinaus bieten Frauenhäuser Beratung Schutz und Unterstützung für Frauen und deren Kinder, die vor körperlicher, sexueller und/oder seelischer Gewalt fliehen. Die Adresse der Frauenhäuser ist aus Sicherheitsgründen geheim. Aufnahmen sind 24 Stunden am Tag möglich. Einige Frauen wenden sich selbst telefonisch an ein Frauenhaus. Andere kommen über eine Beratungsstelle oder die Polizei. Ist das Frauenhaus belegt, erfolgt eine Weitervermittlung. Frauenhäuser sind untereinander bundesweit vernetzt.

Die Mitarbeiterinnen arbeiten nach dem Bezugsfrauensystem, aufgeteilt in einen Frauen- und einen Kinderbereich, d.h. jede Frau und jedes Kind hat eine Mitarbeiterin, die hauptsächliche Ansprechpartnerin ist. Die Frauen bleiben aber für sich und ihre Kinder eigenverantwortlich. Die Mitarbeiterinnen begleiten und unterstützen bei psychischer Stabilisierung, Verarbeitung

der erfahrenen Gewalt und Entwicklung neuer Perspektiven für ein gewaltfreies Leben. Viele Frauen kommen aufgrund einer überstürzten Flucht völlig ohne eigene Sachen und Unterlagen. Oft waren sie aufgrund der gewalttätigen Beziehung sozial isoliert. Im Frauenhaus erfahren sie Sicherheit und Selbstbestimmung. Die Frauen bleiben so lange, wie sie brauchen, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist drei Monate – eine sehr kurze Zeit, um sich ein neues Leben aufzubauen.

Spendenaktion 2012

Das Autonome Frauenhaus Wedel ist aus einem Frauentreff heraus entstanden und existiert seit 25 Jahren. Es hat 15 Plätze und bietet externe Beratung für von Gewalt betroffene Frauen. Fünf qualifizierte Mitarbeiterinnen arbeiten dort in Teilzeit.

Das Frauenhaus hat einen Trägerverein mit über 60 Mitfrauen, sowie einen Förderverein. Das Frauenhaus Wedel ist Teil der sozialen Einrichtungen vor Ort und einzige Ansprechstelle zu häuslicher Gewalt in Wedel. Als bekannt wurde, dass das Frauenhaus ab Ende 2011 keine Gelder mehr bekommen soll, war die Unterstützung sehr groß. Es wurden über 5000 Unterschriften gesammelt, um die anstehenden Sparmaßnahmen zu verhindern. Ungeachtet dessen wurde mit nur einer Stimme Mehrheit das Sparpaket und somit auch die Streichung der Finanzierung des Frauenhauses beschlossen.

Daraufhin starteten die Vereinsfrauen und Mitarbeiterinnen eine Spendenaktion zur Rettung des Frauenhauses. Ziel ist mit Hilfe von Spenden das Jahr 2012 zu überbrücken und über Verhandlungen auf allen politischen Ebenen wieder in die institutionelle Förderung zu kommen.

In nur vier Monaten wurden über 100.000 Euro gespendet. Der aktuelle Stand der Spendenaktion liegt bei einer gesicherten Finanzierung von zehn Plätzen. Ein Platz wird derzeit gefördert mit 10.500 Euro pro Jahr. Das heißt, das Frauenhaus setzt seine Arbeit im nächsten Jahr fort, in welcher Form ist noch unklar. Offen bleibt auch die Frage, wie es nach dem Jahr 2012 weiter geht. Alle Parteien haben ihre Unterstützung zugesagt, ob diesen Worten auch nach der Wahl im Jahr 2012 in Schleswig-Holstein Taten folgen? Die Vereinsfrauen und Mitarbeiterinnen sind skeptisch, da bisher politische Entscheidungen getroffen wurden, die nicht die Schutzbedürfnisse der Opfer von Gewalt in den Vordergrund stellen, sondern eine ökonomische Perspektive, die auf sehr kurzfristige Spareffekte zielt und deren langfristige Auswirkungen ignoriert.

Finanzierungssicherheit für Frauenhäuser

Im November feiert das Autonome Frauenhaus Wedel sein 25jähriges Bestehen. Seine weitere Zukunft bleibt ungeachtet der offensichtlichen Notwendigkeit ungewiss. Trotz einer Enttabuisierung der Thematisierung von Gewalt gegen Frauen durch feministische queere Bewegungen, gibt es kein Anzeichen für ihre Abnahme. Frauenhäuser leisten überlebenswichtige Unterstützungsarbeit für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder, sowie unverzichtbare Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Finanzierungssicherheit ist die Basis für diese Arbeit und zeigt die Anerkennung des politischen Konsenses, dass Gewalt gegen Frauen ein gesellschaftliches Problem ist.

Frauenhäuser folgen dem Prinzip, dass Frauen, die von Gewalt betroffen sind, aufgenommen werden – egal woher sie kommen. Die Finanzierungsfrage von Frauenhausplätzen kann nicht zu Lasten der Opfer von Gewalt gehen, deren Entscheidungsfreiheit beschränken und finanzielle und bürokratische Barrieren aufbauen. Es müssen politische Antworten und Maßnahmen folgen, die grundlegende Menschenrechte anerkennen.

Die Spendenaktion zur Rettung des Frauenhauses Wedel läuft weiter, in der Hoffnung im Jahr 2012 alle Plätze und die Arbeitsstellen aller Mitarbeiterinnen erhalten zu können.

Zur Unterstützung der Spendenaktion zur Rettung des Frauenhaus Wedel:

Förderverein Frauenhaus Wedel

Konto: 95303

Stadtsparkasse Wedel

BLZ 2211730

<http://www.frauenhaus-wedel.de>

info@frauenhaus-wedel.de

Sozialpolitik

Biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte im Hamburger Stadtteil St. Georg

26.04.11, Kathrin Schrader

Unter der Überschrift Chronik einer Woche (<http://initiative-hansaplatz.de/index.html>) fordert die Hansaplatz Initiative ein lebenswertes Umfeld für Familien mit Kindern im Stadtteil Hamburg St. Georg. Der traditionell ansässige Straßenstrich soll in ein abgelegenes Gewerbegebiet im hauptsächlich für seine industrielle Nutzung bekannten Stadtteil Rothenburgsort verlagert werden, um endlich „menschenswürdige Verhältnisse für alle, (...) den Schutz der Kinder“, sowie die Ansiedlung einer bunten Vielfalt von Kunst und Kultur, Einzelhandel und Gastronomie am und um den Hansaplatz zu ermöglichen. Unter dem Deckmantel der bunten Vielfalt kommt hier ein biopolitischer Rassismus der bürgerlichen Mitte zum Tragen, wie er aus vielen europäischen Großstädten und ihrer Gentrifizierungslogik bekannt ist. Zur Durchsetzung ihrer individuellen Ziele ist der Initiative offensichtlich jede Argumentation – und sei sie noch so haltlos – recht.

So wird in dem Artikel der Hansaplatz Initiative eine soziale Einrichtung zur Betreuung drogengebrauchender, sich prostituierender Frauen als semikriminelle Vereinigung diffamiert, die MenschenhändlerInnen und deren ProfiteurInnen gewissenlos in die Hände spiele. „Prostitution in Verbindung mit Menschenhandel ist jedoch eine Tatsache (...). Eine bewusste Negierung dieser Tatsache gleicht einer unverantwortlichen Verschleierungstaktik. (...) Wer da wegschaut, wie es nun ragazza e.V. fordert und Teile von Politik und Gesellschaft eh praktizieren, fördert diesen Menschenhandel.“ Die Argumentation basiert auf einer völlig falschen Interpretation der berechtigten Forderung von ExpertInnen und Professionellen, Sexarbeit nicht permanent mit dem Thema Menschenhandel zu vermischen, und stützt sich auf Zitate, die bewusst entstellend aus dem Kontext gerissen wurden. Menschenhandel ist selbstredend ein Verbrechen. Aber der hegemoniale Menschenhandelsdiskurs, der Sexarbeit vereinnahmt, ist gefährlich, da Sexarbeiterinnen darin immer nur als Opfer verhandelt werden und ihnen keine eigenständige Handlungsfähigkeit zugewiesen wird. Würden die AgitatorInnen dieser Initiative genauer die Konzepte der sozialen Einrichtungen lesen, dann wüssten sie, dass es in erster Linie um Empowermentansätze für Sexarbeiterinnen geht, um Handlungsstrategien gegen Ausbeutung und Abhängigkeit zu entwickeln. Menschen werden nicht handlungsfähig, indem sie aus dem städtischen Raum in Vororte oder Industriegebiete verdrängt werden. Das ist eine Logik, die nur denen etwas bringt, die ihre schöne neue, saubere und City-nahe Welt durch die Anwesenheit der Marginalisierten nicht gestört wissen wollen. Die sozialen Einrichtungen weisen immer wieder darauf hin, dass das Leben von Sexarbeiterinnen hart und gefährlich ist, weil sie in Folge der Sperrgebietsverordnung kriminalisiert werden und Repressionen ausgesetzt sind. Durch solche Maßnahmen liefert die Exekutive die Sexarbeiterinnen dem Missbrauch durch ZuhälterInnen und Freiern aus.

Viele Sexarbeiterinnen aber würden ihre Arbeit gern verlassen, denn es ist, wie viele andere Tätigkeiten im Kapitalismus auch, eine Form entfremdeter Arbeit; aber es existieren keine Alternativen (Ward 2007). Speziell für Menschen, die am Existenzminimum leben, ist Sexarbeit oft die einzige Möglichkeit ihr Überleben zu sichern. Die übernehmen Arbeiten, die die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft als inakzeptabel ablehnen, deren Nutznießer sie aber oft sind. Deshalb verwahren sich Sexarbeiterinnen und soziale Einrichtungen gegen die Gleichsetzung von Frauenhandel und Sexarbeit. Sexarbeit ist Arbeit und eine Dienstleistung. Sie darf niemals mit einem Verbrechen und einer Menschenrechtsverletzung wie Frauenhandel

gleichgesetzt werden. „Die begriffliche Vermischung verstärkt die Stigmatisierung, die dem Bereich Prostitution eingeschrieben ist; sie assoziiert Sexarbeit mit Gewalt und setzt Prostitution und Migration mit Frauenhandel gleich. Dabei wird auch vermittelt, dass einer Gruppe von Frauen zugestanden wird, in der Sexarbeit freiwillig tätig zu sein und der anderen Gruppe – Migrantinnen – nicht. Einer Migrantin wird grundsätzlich weniger Entscheidungsautonomie zugestanden (El-Nagashi 2007).“ Gleiches gilt natürlich auch für die Gruppe der Drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen, ihnen wird jegliche Entscheidungsautonomie abgesprochen. Gerade weil die Prostitution zwar vom bürgerlichen Milieu nachgefragt, aber nicht als legale Dienstleistung akzeptiert wird, entstehen die Bedingungen für Ausbeutung und Menschenhandel.

Um ihr Ziel durchzusetzen, greift die Hansaplatz Initiative die sozialen Einrichtungen an, die erst dafür gesorgt haben, dass St. Georg ein so lebenswerter Stadtteil geworden ist, dass sich selbst die Mitglieder dieser Initiative vorstellen konnten hier zu wohnen. Die sozialen Einrichtungen und Projekte haben seit Jahren Kontakt zu den Menschen, die jetzt vertrieben werden sollen. Um diesen Vorsprung aufzuholen, müssen die AkteurInnen der Hansaplatz Initiative das Wohl von Kindern instrumentalisieren, um die zu beschimpfen und zu vertreiben, deren Eltern oft nicht über das finanzielle, soziale und kulturelle Kapital verfügten, ihnen Schutz und ein abgesichertes Leben zukommen zu lassen. Offensichtlich wollen sie nur ihre eigenen Kinder vor Armut, schmutzigen Jobs, Krankheiten, Deklassierung, Ausgrenzung und anderen Zumutungen des Lebens schützen. Ihre Kinder sollen nicht sehen, was es bedeutet, in dieser Gesellschaft überflüssig zu sein. Ihre Welt soll anders aussehen: kulturvoll, bunt und mit einer in jeder Hinsicht perspektivreichen Zukunft. Allerdings sollte das für alle Kinder und Menschen zutreffen. Die Lösung kann nicht darin bestehen, dass die, deren Schicksal an die gesellschaftliche Verantwortung erinnert, aus dem Blickfeld entfernt werden und dann so getan wird, als sei das Problem damit erledigt. Die AutorInnen des Hansaplatz-Artikels wissen offensichtlich nicht, dass sich auch diese Menschen nichts anderes wünschen, als ein normales Leben führen zu können. Sie haben nicht die Möglichkeit im Internet auf ihre Situation oder die ihrer Kinder aufmerksam zu machen. Sie können froh sein, wenn ihre Kinder und sie selbst überleben. Da sie keine Stimme in dieser Gesellschaft haben, sind soziale Einrichtungen oft ihr einziges Sprachrohr.

Jedoch will die Hansaplatz Initiative nicht hören, was diese Menschen zu sagen haben, und soziale Einrichtungen sollen das „Elend“ unsichtbar und im Sinne der bürgerlichen Mitte verwalten. Diese rabiate und alle Formen der Fairness verletzende Vorgehensweise der Hansaplatz Initiative ist nur durch biopolitischen Rassismus zu erklären. Dieser hat sich mit dem Aufkommen der Bio-Macht im 19. Jahrhundert als grundlegender Mechanismus der Macht in modernen Staaten etabliert, es ist die Macht „leben zu machen oder in den Tod zu stoßen (Foucault 1995: 165/ebd. 1999: 301).“ Rassismus sei ein Mittel im Bereich des Lebens, eine Zäsur einzuführen zwischen dem was Leben darf und dem was sterben muss. Schon die Unterteilung der „Rassen“ und Hierarchien festzuschreiben und bestimmte „Rassen“ abzuwerten, zeige die Macht, die dieses Feld besetzt. Die erste Funktion des Rassismus liege darin, zu fragmentieren. Es sei eine Art und Weise bestimmte Gruppen im Inneren der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen (ebd. 1999: 301). Rassismus habe noch eine zweite Funktion, die positive Konnotation zum Töten aufzustellen: „je mehr du sterben lässt, um so mehr wirst du eben deswegen leben (ebd.).“ Nach Foucault ist das keine Erfindung des Rassismus oder der modernen Staaten, sondern eine kriegerische Beziehung: Wenn Du leben willst, musst du töten. Rassismus lässt diesen kriegerischen Typ funktionieren. „Der Tod des anderen bedeutet nicht einfach mein Überleben in der Weise, daß meine persönliche Sicherheit erhöht; der Tod des Anderen, der Tod der bösen Rasse, der niederen (der degenerierten oder anormalen) Rasse wird das Leben im allgemeinen gesünder machen; gesünder und reiner. (...) Rasse, Rassismus ist die Bedingung für die Akzeptanz des Tötens in einer Normalisierungsgesellschaft (ebd.,

302).“ Es handele sich nicht um eine militärische oder politische Beziehung, sondern um eine biologische: Die zu unterdrückenden Feinde sind nicht politische Gegner, sie sind äußere und innere Gefahren für die Bevölkerung (ebd.).

Unter Tötung wird nicht direkter Mord verstanden, so Foucault, „sondern auch alle Formen des indirekten Mordes: jemanden der Gefahr des Todes ausliefern, für bestimmte Leute das Todesrisiko oder ganz einfach den politischen Tod, die Vertreibung, Abschiebung usw. zu erhöhen (ebd., 302).“

Was tut die Hansaplatz Initiative anderes? Ihre ApologetInnen fordern die Vertreibung, Inhaftierung und Abschiebung von Menschen, die angetrieben von existentieller Not seit Jahrzehnten im Stadtteil um ihr Überleben kämpfen. Die MitarbeiterInnen der sozialen Projekte wissen, wie fragil der physische und psychische Zustand dieser Menschen ist und welche existenzbedrohenden Konsequenzen derartig einschneidende Veränderungen in der Szene nach sich ziehen. Deshalb rufen sie zu Demonstrationen auf und nehmen nicht billigend das Elend und den Tod von Mitmenschen in Kauf, nur um Kindern, deren Eltern in angesagten Stadtteilen wohnen wollen, eine heile Welt vorzuspielen (siehe Plakat <http://initiative-hansaplatz.de/index.html>).

Literatur:

- El-Nagashi, Faika Anna (2007): Interview für die Zeitschrift “malmoe”
<http://no-racism.net/article/2077>
- Foucault, Michel (1995): Der Wille zum Wissen, Frankfurt am Main.
ebd.(1999): Vorlesung vom 17. März 1976. In ebd.: In Verteidigung einer Gesellschaft. Vorlesung am Collège de France 1975 – 76, Frankfurt am Main, 291.
- Helen Ward (2007): Marxismus versus Moralismus.
<http://www.trend.infopartisan.net/trd7807/t407807.html>

Unterhaltsrecht, Bildungsgutscheine und soziale Ungleichheit – Eine Polemik auf eine sozialpolitische Posse

15.08.11, Melanie Groß

Steigende Kinderarmut, Bildungsgutscheine, Armutsrisiko Alleinerziehender, Vollzeit-arbeit-Verpflichtung für Alleinerziehende, fehlende Betreuungsplätze, unterbezahlte ErzieherInnen – diese Stichwörter markieren ein Feld voller ungelöster sozialpolitischer Probleme. In diesem politischen Feld verschärfen sich soziale Ungleichheiten immer weiter. Dennoch wird in konsequent neoliberalen Gestus permanent von ‚Förderung‘, ‚Gleichheit‘ und ‚Selbstverantwortung‘ gesprochen. Eine Polemik zur andauernden sozialpolitischen Posse.

Es ist schon erstaunlich, wie wenig es im aktuell herrschenden politischen Diskurs notwendig zu sein scheint, das Zementieren sozialer Ungleichheiten zu verstecken, während gleichzeitig mit Vokabeln hantiert wird, deren Bedeutungsrahmen vormals eigentlich das genaue Gegenteil skizzierten. Wie kann es eine ‚Förderung‘ sein, in Armut lebenden Familien, die nicht nur arm an ökonomischem, sondern auch an sozialem und kulturellem Kapital sind, durch beim Amt erhältliche komplizierte Antragsformulare Bildungsgutscheine zukommen zu lassen? Wie kann von Gleichheit und Selbstverantwortung gesprochen werden, wenn erwerbstätigen Elternteilen nicht mehr länger zugemutet werden soll Unterhalt an den/die Ex-PartnerIn zu zahlen, der/die das gemeinsame Kind versorgt, wenn dieseR stattdessen Vollzeit berufstätig sein soll, um sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen? Und in welche Betreuungseinrichtung soll das Kind bitteschön gebracht werden, wenn Vollzeit mit Mittagspause mindestens 8,5 Stunden heißt und Fahrtwege von ca. 1 Stunde pro Tag mitgerechnet werden? Wer findet es völlig unproblematisch sein Kind 9,5h am Tag in eine (schlecht ausgestattete und gänzlich unterbezahlte) Betreuungseinrichtung zu geben – und in welche überhaupt? Und kann mensch vom dem Vollzeitjob dann überhaupt leben?

Man mag diese Aneinanderreihung von Fragen polemisch nennen – die soziale Realität der von Armut und Bildungsungleichheit betroffenen Kinder, Eltern und Alleinerziehenden wird in Deutschland immer härter und die damit einhergehenden sozialen Probleme und langfristigen Konsequenzen für demokratische Gesellschaften werden m.E. schlichtweg übergangen. Der Film *Berliner Rand* aus dem Jahre 2010 hat eindrucksvoll diese Lebensrealität von Jugendlichen in Berlin eingefangen (Jens Becker, *Berliner Rand*). Der aktuelle Mikrozensus 2010 (Statistisches Bundesamt zur Lage von Kindern) weist erneut auf das erhöhte Armutsrisiko von Kindern und insbesondere von Kindern Alleinerziehender hin und nahezu gleichzeitig fällt der BGH sein Urteil (<http://juris.bundesgerichtshof.de>) zum Unterhaltsrecht und stärkt damit das aus dem Jahre 2008 stammende neue Unterhaltsrecht: Demnach sollen alleinerziehende Geschiedene sich ihren Unterhalt ab dem 3. Lebensjahr des Kindes durch Vollzeiterwerbsarbeit selbst verdienen. Die Alleinerziehenden – meistens Mütter – haben also die Wahl: Entweder sie haben aufgrund ihrer gering entlohnte Teilzeit-Erwerbstätigkeit kein Geld, das sie für gemeinsame Aktivitäten, Bildung und Erziehung aber benötigen. Oder sie werden zu Frühstück-ZubereiterInnen und Zu-Bett-BringerInnen für Kinder, die sie als Vollzeit erwerbstätige Alleinerziehende fast nur noch schlafend kennen. Statt elterlicher Fürsorge, Bindung und Gemeinsamkeit dürfen sie dann das verdiente Geld an die Betreuungseinrichtung weiter reichen.

Wie stark ökonomische Armut und Bildungsarmut zusammenhängen, haben etliche Studien, Expertisen und Artikel immer wieder deutlich gemacht (z.B. Unicef Bericht 2008, <http://www.feministisches-institut.de/kinderarmut/>). Der Kreislauf Aufwachsen in Armut – schlechte Bildungschancen – schlechte Teilhabemöglichkeiten für sich selbst und die späteren

eigenen Kinder, also die soziale Vererbung von Armut dürfte allseits bekannt sein. Dass dem nicht entschieden durch Umverteilung, bedingungsloses Grundeinkommen, gut bezahlte ErzieherInnen, bessere Betreuungsschlüssel in Betreuungseinrichtungen usw. entgegengesteuert wird, lässt vermuten, dass die sich immer stärker etablierenden Klassenverhältnisse gewollt zu sein scheinen. Wir haben es mit einer konsequenten Politik der Ungleichheit zu tun, deren Nebelbegriffe wie ‚Selbstverantwortung‘ und ‚Freiheit‘ letztlich nur verschleiern, dass ‚frei‘ immer nur die zu sein scheinen, die über ökonomisches Kapital verfügen. Strukturelle Probleme der Arbeitsmarktpolitik, des Bildungssektors und der Sozialpolitik werden nach wie vor zu Individualproblemen erklärt und allzu oft auch als persönliches Schicksal erlebt.

Warum sollte die unter diesen Umständen aufwachsende Generation das Soziale der Gesellschaft, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit achten?

Feministische Öffentlichkeiten im Web 2.0. Möglichkeiten und Grenzen feministischer Partizipation im Internet

01.08.11, Deborah Schmidt

Feministische Öffentlichkeiten sind seit Jahren ein wesentlicher Bestandteil der feministischen bzw. queerfeministischen Bewegung. Sie haben unter anderem dazu beigetragen, dass feministische Diskurse in die Öffentlichkeit geraten und mittlerweile auch im sogenannten Mainstream angekommen sind. Themen wie die Frauenquote und Geschlechtergerechtigkeit sind alltäglich geworden, wenn auch nach wie vor die Frage bleibt, auf welche Weise die Themen im Mainstream behandelt werden. Heute gerät vor allem das Internet als digitales Medium in den Blickpunkt feministischer Öffentlichkeiten.

Das Internet hat sich zu einem wichtigen globalen Medium entwickelt, in dem Feminist_innen sich austauschen, vernetzen, publizieren und sich organisieren. Mit dem Aufkommen des Web 2.0 entstand eine breite Diskussion um das Potenzial und den Einfluss auf demokratische Partizipation und demokratische Prozesse im Internet. Dabei stellten sich die Fragen in wie weit wirkliche demokratische Partizipation möglich ist und ob das Internet tatsächlich zugangsoffen für alle Menschen ist. Können Feminist_innen beispielsweise gleichberechtigt partizipieren, welche Möglichkeiten der Partizipation gibt es für sie und wo stoßen sie an Grenzen?

Im Folgenden möchte ich einige Beispiele feministischer Gegenöffentlichkeiten und feministischer Partizipation im Web 2.0 darstellen und gleichzeitig aufzeigen, mit welchen Widersprüchen und Machtmechanismen feministische Medienmacher_innen sich im virtuellen Raum auseinandersetzen müssen.

Demokratische Partizipation im Web 2.0

Das Web 2.0, so heißt es, biete heute die Möglichkeit der direkten Partizipation. Es ist möglich die Inhalte des Internets selbst mitzugestalten. Mit der Entstehung des Web 2.0 gehen genau die gleichen Hoffnungen einher, wie sie bereits in den 1930er Jahren Walter Benjamin in seinem Text „Der Autor als Produzent“ äußerte und die auch Berthold Brecht formulierte, indem er postulierte die Medienkonsument_innen sollten zu Produzent_innen werden. Die Produzent_innen sollten sich demnach das Medium – damals noch das Radio – aneignen und ihre eigene Meinung verbreiten. Die proletarische Partizipation ließ auf Veränderung der vorherrschenden Meinungen und eine Teilhabe der Minderheiten an der Mitgestaltung der Öffentlichen Meinung hoffen. Die weitere Entwicklung von Radio und Fernsehen hat dann leider all den Hoffnungen auf Veränderung hin zu einer kritischen Öffentlichkeit kaum entsprochen.

Genauso verhält es sich mit dem Web 2.0. Es hat sich zwar im Laufe der Zeit herausgestellt, dass das Web 2.0 mehr Partizipation möglich macht, jedoch heißt das nicht, dass alle die gleichen Zugangsvoraussetzungen haben und schon gar nicht, dass diese Partizipation emanzipatorischer ist und gesellschaftskritischer mit Inhalten umgeht. Heute ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass die demokratischen Prozesse durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vielschichtiger und differenzierter zu betrachten sind, als es noch Ende der neunziger Jahre von vielen Wissenschaftler_innen angenommen wurde (Drücke, Winker 2005). Susanne Baer, Verfassungsrichterin in Karlsruhe, stellt fest, dass das Grundgesetz in Bezug auf die Netzpolitik ein Update braucht. Das Internet ist ein Kommunikationsort und ist somit nicht besser oder schlechter als die gesellschaftlichen Verhältnisse. Es stellt sich die Frage, ob alle wirklich gleichberechtigt und demokratisch an dem Medium Internet teilhaben können oder wenn nicht, wo genau die Grenzen liegen? Baer stellt in ihrem Text die demokratischen Möglichkeiten des Internets in Frage. Die gleichberechtigte Partizipation aller sei

nicht möglich, da noch nicht alle die gleichen Zugangsvoraussetzungen haben. Besonders in ländlichen Gegenden sei der Netzzugang nicht überall möglich. Außerdem schließe die Lücke zwischen jungen und älteren Internetnutzer_innen sich erst langsam (Baer 2011). Während bereits 98,2% der 20-29 Jährigen online sind, liegt der Anteil bei den über 60 Jährigen gerade bei 34,5%. Der Anteil weiblicher und männlicher Internetnutzer_innen dagegen nähert sich, laut der ARD/ZDF-Onlinestudie 2011, langsam an. Aktuell sind in Deutschland 68,5% Frauen und 78,3% Männer online.

Feministische Öffentlichkeiten

Feministische Öffentlichkeiten sind Kommunikationsorte, an denen herrschende Geschlechterverhältnisse kritisch hinterfragt und analysiert werden. Feministische Öffentlichkeiten machen kollektive Handlungsspielräume, Selbstverständigung und Identitätsfindung möglich (Dorer 2002). Trotz der Institutionalisierung und Verbreitung von feministischen Öffentlichkeiten in den letzten Jahrzehnten sind feministische Medien immer noch marginalisiert. Historisch gesehen sind Kommunikationsorte von Frauen eher dem Privaten zugeordnet gewesen und nicht dem Öffentlichen. Oft waren es geheime, heimliche Öffentlichkeiten. Frauen haben die häusliche Reproduktionsarbeit geleistet und waren nicht in dem sogenannten öffentlichen Bereichen wie z.B. der Politik tätig. Im Laufe der Jahre hat sich jedoch die feministische Öffentlichkeit die vor allem männlich dominierten Räume angeeignet. Heutzutage ist das Internet in der Kommunikations- und Informationsgesellschaft zu einem wichtigen Ort geworden, an dem feministische Öffentlichkeit Präsenz zeigt. Zum einen bietet das Internet eine Teilhabe für feministische Inhalte, auf der anderen Seite bleibt jedoch die Frage inwieweit die sozialen, kulturellen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Internets beachtet werden müssen, um sich in der Netzkultur behaupten zu können. Das Internet gibt feministischen Medienmacher_innen die Möglichkeit sich an einer virtuellen Öffentlichkeit zu beteiligen. Besonders im journalistischen Bereich kann das Internet für feministische Themen von Vorteil sein. Feministische Themen, die sonst in den Mainstreammedien kein Gehör fänden, können im Internet publiziert werden. Das bedeutet meistens allerdings, dass insbesondere Journalist_innen sich zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung bewegen, wenn sie über Themen berichten, die in den Mainstreammedien keine Resonanz finden, da z.B. journalistische Blogger_innen für ihre Arbeit meistens keine Entlohnung erhalten. Das Internet ist für feministische Medienmacher_innen ein Medium an dem die eigenen Ambivalenzen in Bezug auf die ökonomischen Verhältnisse sichtbar werden. Das Internet propagiert einen freien, öffentlichen Zugang, entkoppelt an feste Arbeitszeiten und einen festen Arbeitsplatz, perfekt für selbstbestimmtes Arbeiten. Genau dies führt zu ungesicherten und prekären Arbeitsverhältnissen in denen sich Frauen seit Jahren bewegen. Die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und die Doppelbelastung durch Kindererziehung sind evidente Debatten. Die Durchsetzung auf dem Internetmarkt macht die immer wiederkehrenden Diskussionen um Kommerzialisierung und Autonomie unvermeidbar. Soll sich besser mit inhaltlichen Themen angepasst werden, um auf dem Onlinemarkt konkurrenzfähig zu bleiben oder ist das Nischendasein eine Alternative? Ist es wichtig auf Rang 1 der Blogcharts aufzutauchen, um ernst genommen zu werden oder muss sich das Social Media Marketing einverleibt werden? Die ökonomischen Verhältnisse von feministischen Medienmacher_innen bleiben also auch in Bezug auf das Internet ein wichtiges Thema.

Partizipation im Internet – Feministische Gegenöffentlichkeiten im Web 2.0

Das Web 2.0 bietet Feminist_innen jenseits der kapitalistischen Verwertungslogik eine große und vielseitige Chance der Partizipation. Sie können ihre eigenen Inhalte, die im öffentlichen Diskurs meistens eher marginal wahrgenommenen Themen, wie z.B. sexuelle Gewalt an Frauen, veröffentlichen. Im Internet können sie eine so genannte subalterne Gegenöffentlich-

keit, wie Nancy Fraser es postuliert, schaffen, sich vernetzen und Themen austauschen (Drücke, Winker 2005). Die folgenden Webauftritte von Feminist_innen zeigen einen kleinen Ausschnitt aus der Vielfalt der feministischen Gegenöffentlichkeiten.

Grassrootfeminism

Ein gutes Beispiel für queerfeministisches Netzwerken ist die Seite [grassrootfeminism.net](http://www.grassrootfeminism.net) (<http://www.grassrootsfeminism.net/cms/>). Die Seite ist entstanden, um Mädchen und jungen Frauen eine Plattform zu bieten. Die Webseite möchte vor allem dem Vorurteil entgegenreten, dass junge Menschen und insbesondere Mädchen und junge Frauen nur Konsument_innen der Massenmedien seien und keine aktive Rolle einnehmen würden. Auf dieser Webseite können Mädchen und junge Frauen ihre eigenen selbstproduzierten Texte, Podcasts und diverse andere Inhalte und Produktionen einfach hochladen und veröffentlichen. Dabei wird ihnen die Möglichkeit gegeben miteinander in Kontakt zu treten, sich zu vernetzen und eigene Themen zu veröffentlichen. Zitat von Rosa Reitsamer, Gründerin von [grassrootfeminism.net](http://www.grassrootfeminism.net): „Es geht nicht darum, wieviel Freunde man bei Facebook hat. Denn davon lerne ich nicht viel, sondern es soll eine Plattform geschaffen werden, wo Wissen ausgetauscht werden kann.“

Riot grrrl Forum

Das Forum (<http://www.feministinnen.de>) [riot-grrrl.de](http://www.feministinnen.de) bietet eine Plattform zum Austausch von feministischen und queerfeministischen Inhalten. Das Riot grrrl Forum steht in der Tradition der Riot grrrl Bewegung, die sich in den 90iger Jahren in den USA gegründet hat. Die Riot grrrl Bewegung ist aus der Punk- und Hardcorezene entstanden und thematisierte den Sexismus in der sehr männlich dominierten Subkultur. Der Riot grrrl Bewegung ging es um das Sichtbarmachen von Musikerinnen in dieser Szene. Genauso möchte das Riot grrrl Forum einen Ort bieten, wo es um den Austausch von Themen wie Musik, Technik, Ladyfeste, alltäglicher Sexismus und diverse andere feministische Inhalte geht.

Mädchenblog

Das Mädchenblog (<http://maedchenblog.blogspot.de/>) ist eine Webseite für queerfeministische Theorie und Praxis. Das Mädchenblog ist ein offenes Gemeinschaftsprojekt, das sich mit Themen wie Körper, Sexualität, Pop- und Subkultur, Politik, Schule und Ausbildung beschäftigt. Das Blog soll Sexismus, der sich im Internet sowie in der realen Welt vorfindet, sichtbar machen. Das Mädchenblog versucht queerfeministische Theorie und Praxis zu verbinden. Außerdem hat das Mädchenblog den Anspruch, eine weniger theoretische, akademische Sprache zu verwenden, um die Wissensaneignung für alle möglich zu machen. Das Mädchenblog bedient sich der Blogform, weil damit einerseits die Artikel im Gegensatz zu einem Forum auch für sich allein stehen können und andererseits die Kommentarfunktion die Möglichkeit zur Diskussion bietet. Das Mädchenblog ist ein offenes Projekt und lebt davon, dass viele Menschen sich am Mitschreiben beteiligen.

Diese drei Beispiele feministischer Netzkultur belegen deutlich, wie das Potential des Internets für feministische Öffentlichkeiten genutzt werden kann indem Sichtbarmachung, kollektives Handeln, Selbstverständigung und Identitätsfindung möglich gemacht wird.

Ungleichheitsverhältnisse im Netz

Das Internet ist zwar ein Ort, der viele Möglichkeiten bietet, jedoch stoßen Feminist_innen immer wieder an ihre Grenzen, da sich im Internet gesellschaftliche Macht- und Herrschafts-

mechanismen reproduzieren. Das Internet ist schließlich kein autonomer Raum, sondern ein Abbild der Gesellschaft. Ungleichheiten im Internet werden u.a. deutlich durch antifeministische Anfeindungen, Zugangsbeschränkungen, Arbeitsteilung und Beteiligung an Autor_innenschaft. So ist es zum Beispiel für Frauen oftmals schwieriger in Blogs über Technikthemen zu berichten, weil sie sich gegenüber sexistischen Anfeindungen bzw. Relativismus durchsetzen müssen (vgl. Radiobeitrag zu Feminismus und Internet: <http://www.freieradios.net/38203>). Außerdem gibt es auf feministischen Seiten immer wieder antifeministische Angriffe von so genannten Trollen. Trolle sind Personen, die versuchen über Kommentare die Kommunikation über bestimmte Sachverhalte im Netz zu stören. Das bedeutet für feministische Blogs wie z.B. das Mädchenblog, dass sie ihre Kommentare moderieren müssen. <http://hatr.org>, eine Plattform, auf der Trollkommentare gesammelt werden, hat sich zur Aufgabe gemacht aus den Kommentaren wenigstens ein wenig Profit mittels Werbung zu schlagen.

Im Internet besteht ein deutlicher Gender Gap. Dies wird besonders deutlich an der Informationsbranche, Männer dominieren den Beruf des Softwareentwicklers und Informatikers. Bereiche der Informatik, in denen es einen großen Frauenanteil gibt, wie in der Medieninformatik, werden als „Mädcheninformatik“ diffamiert. Außerdem zeigt sich der Gender Gap an der Beteiligung der Autor_innenschaft bei Wikipedia. Bei Wikipedia etwa schreiben nur 12% Frauen mit. Das erklärt auch, warum feministische Themen bei Wikipedia zur Disposition stehen. Das ist eine kleine Auswahl an Beispielen für Geschlechterungleichheiten im Netz. Weitere hat Tanja Carstensen in ihrem Text „Web 2.0 = demokratische Öffentlichkeit? Einige (feministische) Anmerkungen zu einer erneuten Debatte“ (www.feministisches-institut.de) herausgearbeitet.

Herausforderungen für feministische Gegenöffentlichkeiten

Herausforderungen für feministische Öffentlichkeiten und Medienmacher_Innen im Internet sind, sich in der Informationsgesellschaft zu etablieren und sie zu nutzen. Denn so können weiterhin feministische Themen Teil von öffentlichen Diskursen werden und in die hegemonialen Wissensdiskurse hineinwirken. Das Internet ist ein Ort, an dem es um Aushandlungsprozesse geht. Das bedeutet, sich gegenüber Geschlechterhierarchien durchzusetzen, Zugangsbeschränkungen aufzubrechen und ökonomische Verhältnisse transparent zu machen und im besten Fall zu überwinden.

Offen bleibt jedoch, welche Rolle zunehmend ökonomische Verhältnisse für feministische Öffentlichkeiten im Internet spielen. Die meisten Personen, die sich für digitale feministische Netzwerke engagieren, tun dies aus einem Idealismus an der Sache heraus und sind nebenbei erwerbstätig. Wie mit der prekären Finanzierung perspektivisch umgegangen wird, bleibt auszuhandeln.

Ausblick

Feministische Medienmacher_innen sind im digitalen Zeitalter immer noch marginalisiert, deshalb ist es umso wichtiger, dass sie existieren und die Präsenz im Internet ausgebaut wird. Es geht also weiterhin inhaltlich wie auch praktisch darum, aus dem privaten Raum herauszutreten und aktiv an der digitalen, wie auch „analogen“ Öffentlichkeit teilzuhaben. Inhaltlich in dem Sinne, dass z.B. im Internet zu männlich besetzten Themen berichtet wird, praktisch werde auch Du Softwareentwicklerin!

- **Literatur**

Baer, Susanne (2011): Braucht das Grundgesetz ein Update? Demokratie im Internetzeitalter. in Blätter für deutsche und internationale Politik. Blätter Verlagsgesellschaft Berlin, S.90-100.

- Carstensen, Tanja (2010): Web 2.0 = demokratische Öffentlichkeit? Einige (feministische) Anmerkungen zu einer erneuten Debatte, 21.06.2010, http://www.feministisches-institut.de/web_oeffentlichkeit/
- Dorer, Johanna, Birgit, Geiger (2002): Feministische Kommunikations- und Medienwissenschaft. Feministische Medien. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden.
- Drücke, Ricarda, Winker, Gabriele (2005): Neue Öffentlichkeiten durch frauenpolitische Internet-Auftritte. In: Schachtner, Christina, Winker, Gabriele (Hg.) Virtuelle Räume – neue Öffentlichkeiten. Frauennetze im Internet. Campus Verlag. Frankfurt am Main, S.31-49.
- Klaus, Elisabeth (2008): Kommunikationswissenschaftliche Geschlechterforschung. Zur Bedeutung der Frauen in den Massenmedien und im Journalismus. Lit Verlag, Wien.